

BULLETIN

NUMMER 3 | SEPTEMBER 2019



- * 6 Junge Alternative - 10 Jahre Junge Alternative *
- * 9 Junge Alternative - Transparente Finanzierung *
- * 12 Junge Alternative - Gleichstellung, aber subito! *
- * 13 Junge Alternative - Ehe für alle *
- * 14 Junge Alternative - Neoliberale Angstmacherei *

2 Inhaltsverzeichnis

3 Editorial

Endlich Frauenwahl

4 Frauenstreik

Damals, heute – und morgen?

5 Wahlen

Überfällig

6 Junge Alternative

10 Jahre Junge Alternative

9 Junge Alternative

Transparente Finanzierung

10 Junge Alternative

Zwischengenutzt

12 Junge Alternative

Gleichstellung, aber subito!

13 Junge Alternative

Ehe für alle

14 Junge Alternative

Neoliberale Angstmacherei

16 Junge Alternative

Klimastreik

17 Junge Alternative

Verantwortung im Konzern

18 Junge Alternative

Segen oder Fluch?

20 Ressourcen

Food Waste, so ein Unsinn

21 Grünspecht

Korrektur im Bundesrat

22 Kantonsrat

Mehr Biodiversität in Zug

25 Ressourcen

Jung und Alt im Repair Café

26 Service

Kino

Veranstaltungen

Adressen

Impressum

«Mission statement»

Das BULLETIN ist eine unabhängige Kommunikationsplattform des alternativen Zug und wird von folgenden Gruppen getragen:

Alternative – die Grünen Baar

Alternative – die Grünen Menzingen

Alternative – die Grünen Unterägeri

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Alternative – die Grünen Zug

Forum Oberägeri

Grünes Forum Hünenberg

Grüne Risch-Rotkreuz

Grüne Steinhausen

Krifo Alternative Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei. Autorinnen und Autoren der BULLETIN-Beiträge sind frei in ihrer Meinungsäußerung.

Redaktion und Herausgeberverein
«Das BULLETIN»

10 Jahre Junge Alternative

Diese Nummer wurde zum grössten Teil von Jungen Alternativen geschrieben. Wir gratulieren zum Jubiläum und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit.

Die Redaktion

Endlich Frauenwahl und Klimawahl

Manuela Weichelt-Picard, Nationalratskandidatin, ehemalige Regierungsrätin und Frau Landammann

Dieses Wahljahr steht stark im Zeichen von zwei sozialen Bewegungen: der Klima- und der Frauenbewegung. Mit beiden Bewegungen ist unsere Partei eng verbunden. Aus diesem Grund beschloss die Schweizer Grünen für die Nationalrats- und Ständeratswahlen die beiden Begriffe «Klimawahl2019» und «Frauenjahr2019». Der Kanton Zug ist durch beide Fragen stark betroffen. Unwetterkatastrophen, beispielsweise die Überschwemmungen im Juni 2011 im Berggebiet und im April 2015 im Ennetsee, zeigen, was uns mit dem Klimawandel droht. Zug hat aber auch die Chance, in der Klimapolitik voranzugehen und dabei sinnvolle Arbeitsplätze zu schaffen. Der Arbeitsplatz ist bereits heute führend beim Energiesparen, wie dies Siemens zeigt. Und bei der Entwicklung von Alternativenenergien kann er es werden. Mitte Mai 2011 haben die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Zug die von uns Alternativ-Grünen mitgetragene Volksinitiative «2000 Watt für Zug» angenommen. Auf der Hauptliste kandidieren mit Vroni Straub-Müller, Andreas Lustenberger und der Schreibenden TeilnehmerInnen der Klimabewegung und langjährige AktivistInnen zugunsten des Umweltschutzes. Auch auf den anderen Listen stehen profilierte ÖkologInnen wie die Umweltwissenschaftlerin Stephanie Vuichard (Vorstand Pro Natura) oder Luzian Franzini, nationaler Hauptsprecher der Zersiedelungsinitiative, zur Wahl.

Auf ganz besondere Art ist der Kanton Zug von der Frauenfrage betroffen. Er ist neben Glarus, Obwalden und Appenzell Innerrhoden der einzige Kanton, der noch nie eine Frau nach Bern geschickt hat. Dabei haben die drei anderen Kleinstände nur je einen Nationalrat, die beiden Halbkantone nur je



einen Ständerat. Damit steht unser Kanton mit zwei Ständeratssitzen und (seit 1995) drei Nationalratssitzen weitaus am schlechtesten von allen 26 Kantonen da. Sollte auch dieses Jahr keine Zugerin ins Bundesparlament gewählt werden, hätte Zug seit Einführung des Frauenstimmrechts 59-mal einen Mann und keine einzige Frau nach Bundesbern geschickt. Das wäre höchst ungerecht – gegenüber allen Frauen, unabhängig von ihren ideellen Einstellungen und beruflichen Stellungen.

Die Alternative – die Grünen Zug bieten den Wählerinnen und Wählern die Chance, endlich eine Zugerin nach Bern zu schicken. Wir sorgen gemeinsam mit der mit uns assoziierten CSP für eine starke Frauenpräsenz bei den Nationalrats- und Ständeratswahlen. Auf unseren Listen stellen die Frauen die Mehrheit: 11 von 15 Kandidierenden! Auf der Hauptliste kandidieren Vroni Straub-Müller, amtierende Stadträtin, und die Schreibende, ehemalige Regierungsrätin und Frau Landammann. Beide haben wir zudem langjährige Legislativerfahrung. Für den

Ständerat kandidiert mit Tabea Zimmermann Gibson die Vizepräsidentin des Stadtparlaments, die zusätzlich im Kantonsrat engagiert ist. Besonders erwähnen möchte ich zusätzlich die Kandidatinnen, die das Neue des Jahres 2019 verkörpern: Teilnehmerinnen des Frauenstreiks UND der Klimastreiks! Noch nie haben junge Frauen in einer gemischten sozialen Bewegung eine so wichtige und derart sichtbare Rolle gespielt wie in der Klimabewegung. Sie sind ein grosses Versprechen für die Zukunft – klima- und frauenpolitisch! 80 Prozent der Linken befürworten laut dem SRG-Wahlbarometer eine besondere Stärkung der Frauenpräsenz. In einem Kanton, der noch nie eine Frau nach Bern gesandt hat, dürfte der Anteil noch höher sein. Insbesondere die Schweizer Grünen haben sich zum Ziel gesetzt, die Frauenpräsenz im Nationalrat und im Ständerat stark zu erhöhen. Helfen wir ihnen dabei! Und bewahren wir den Kanton Zug vor der Verlegenheit, 50 Jahre nach der Einführung des Frauenstimmrechts als Kanton dazustehen, der noch nie eine Frau nach Bern geschickt hat. ■

Damals, heute – und morgen?

Anna Lustenberger, Alt-Kantonsrätin Baar

4 Auszug aus der Rede von Anna Lustenberger anlässlich des Frauenstreiktags vom 14. Juni 2019.

Liebe Mitstreikerinnen, liebe engagierte, interessierte Frauen und Männer

Ich habe heute nicht gestreikt, sondern war als Grossmutter tätig, und damit bin ich bei meinem Thema. Es ist die Familie, die mir am Herzen liegt. Auf drei Punkte möchte ich eingehen: Damals beim ersten Frauenstreik, heute, morgen.

Damals

1991 war der erste Frauenstreik. Ich war 37, meine Kinder waren elf, neun und fünf Jahre alt. Ein Thema: Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In Baar haben Männer beim Schulhaus Marktgasse gekocht. Es gab keine schulergänzende Betreuung. Kitas, wenn überhaupt, nur für alleinerziehende Mütter, oder Tagesmütter. Die Mutter blieb zuhause, der Vater arbeitete ausserhaus. Ich war gerne Mutter und Familienfrau. Meinen erlernten Beruf als Erzieherin konnte ich zuhause weiterführen. Der Lohn meines Mannes war unser gemeinsamer Lohn. Es war aber für mich klar – alle Frauen sollten die Möglichkeit haben, ihren Beruf weiter auszuüben. Schliesslich wollten auch wir Eltern, dass unsere Kinder einen Beruf erlernen und die Mütter weiterarbeiten können, wenn sie dies wollen. Damals schon benötigten viele Familien mehr als nur einen Lohn. Engagierte Frauen haben sich an die Arbeit gemacht, lokale Gruppen gegründet und sich im Kanton vernetzt. Unser Ziel: Die familienergänzende Kinderbetreuung muss ausgebaut werden, und zwar für alle Kinder, nur so wird Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich.

Heute

Jetzt gibt es Tagesbetreuungen in den Schulen, Kitas, Tageseltern und

Spielgruppen. Es ist viel erarbeitet worden, auf Initiative von Frauen, die zum richtigen Zeitpunkt auf Gemeinden und Kanton zugegangen sind.

Es ist heute normal, dass Frauen nach ihrer Ausbildungszeit weiter in ihrem Beruf tätig sind. Durch meine berufliche Tätigkeit kenne ich viele jungen Familien. Viele Frauen arbeiten oft Teilzeit. Sie bringen ihre Kinder in die Kita, sie vertrauen sie sehr oft den Grosseltern, anderen Verwandten, Bekannten an. Eine Kita ist für viele Familien jedoch immer noch zu teuer. Ich erlebe heute berufstätige Frauen und Männer sehr oft in einem Organisationsstress. Ein Stress, der sich auch auf die Kinder auswirkt. Noch Zeit haben für ein politisches Amt, für eine ehrenamtliche Tätigkeit liegt nicht mehr drin. Viele Steine werden den Familien in den Weg gelegt. Das Rollenmuster, Mann arbeitet 100 Prozent, Frau Teilzeit, ist noch stark vorhanden.

Die Arbeitszeitmodelle sind nicht familienfreundlich. Welcher Mann kann es sich leisten, sein Kind z.B. um 3 Uhr von der Kita zu holen, damit er noch eine gewisse Zeit mit ihm verbringen kann? Wo sind die CheffInnen, die nur 60 Prozent arbeiten? Wie viele Familien gibt es heute, die wirklich ihre Familienarbeit und das ehrenamtliche Engagement so aufteilen können, dass es kein Stress ist? Wie viele Familien gibt es, wo die Frau prozentual mehr arbeitet als der Mann? Die ganze Betreuung der Kinder, sei es bei den kleinen Kindern oder in der Schulbetreuung – die Arbeitszeitmodelle für Männer und Frauen sind noch Baustellen.

Und morgen?

Glauben Sie mir, ich finde es auch nicht ideal, wenn die Kinder 5 Tage fremd betreut werden. Familien haben ein Recht auf ausreichend gemeinsame Zeit, ohne Stress. Eltern haben das Recht auf ein ausreichendes Einkommen, damit sie genügend Zeit mit ihren Kindern verbringen können. Das sollte schon heute so sein, ist es aber nicht. Der Gleichstellungsartikel ist zwar veran-



Anna Lustenberger spricht am Frauenstreik vom 14. Juni 2019.

kert. Die Politik, die Gesellschaft, alle wollen dies – es wurde A gesagt, aber das B ist immer noch weit entfernt. Daher, liebes junges Organisationsteam, ich habe an euch eine Bitte: Heute bin ich 65 Jahre alt, meine Kinder sind 39, 37 und 33 Jahre alt, mein Enkel ist 4 Jahre alt. Ihnen und auch euch liegen immer noch viele Steine im Weg, die beseitigt werden müssen. Bleibt dran mit eurem Engagement, warum nicht jedes Jahr einen Frauenstreik-Tag? Es gibt noch viel zu tun, mit all den Forderungen die ihr, die ich aufgezählt habe. Danke, dass Ihr diesen Tag organisiert habt. ■

Überfällig

Natalie Chiodi, Redaktion BULLETIN

Zug ist der grösste Kanton und der einzige mit Proporzwahl, für den bis heute keine Frau im Parlament vertreten ist und war. Das muss sich ändern. Schön wäre es, wenn die Alternativen – die Grünen, die seit jeher aus Überzeugung auf Frauenkandidaturen setzen, dafür belohnt würden.

Nicht, dass es an der Bereitschaft der Zuger Politikerinnen gemangelt hätte, sie müssen sich wahrlich nichts vorwerfen lassen. Im Jahre 2015 betrug der Anteil der Frauenkandidaturen im Kanton Zug 40 Prozent. Noch höher war der Anteil nur in Basel-Stadt. (Der Frauenanteil schweizweit betrug 34,5 Prozent.) Das ist ein Spitzenwert. Bei den vorhergehenden Wahlen 2011 und 2007 war der Frauenanteil im Kanton Zug ebenfalls überdurchschnittlich hoch. Dabei kommt der Grünen Partei schweizweit eine besondere Rolle zu. Ihr Anteil an Frauenkandidaturen ist seit jeher am grössten (abgesehen von feministischen und anderen grünalternativen Gruppierungen). Aber Erfolg war den Zugerinnen nicht beschieden.

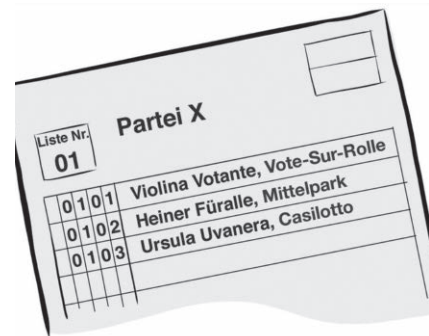
Endlich an der Zeit

Frauen können seit 1971 auch in der Schweiz wählen, abstimmen und für politische Ämter kandidieren. Und dennoch wurde noch nie eine Frau aus dem Kanton Zug nach Bern delegiert. Drei Nationalräte und zwei Ständeräte sollen die Zugerinnen und Zuger vertreten – diese Abordnung ist und war rein männlich. Am 20. Oktober bestimmen die StimmbürgerInnen, wer in der Schweiz künftig das Sagen hat. Die ausgewogene Vertretung der Geschlechter ist im Wahlkampf eines der dominierenden Themen. Die überparteiliche Bewegung «Helvetia ruft» verlangt, dass mehr Kandidatinnen aufgestellt werden. Und sogar der Bundesrat konstatiert besorgt: «Bei den Wahlen besteht ein offensichtlicher Nachholbedarf.»



Und im Kanton Zug? Die Chancen sind intakt, dass im Herbst erstmals eine Zugerin ins Bundeshaus einzieht. Dass der Freisinn seinen Sitz verteidigt, ist ebenso denkbar wie ein Zugewinn der Grün-Alternativen. ■

5



Empfehlung der Redaktion: Idealerweise werfen Sie eine unveränderte Liste der Alternativen – die Grünen (oder Listen- oder Unterlistenverbindungen) ein. Damit unterstützt man die Ziele der ALG am effektivsten.



Empfehlung der Redaktion: Beim Verändern der Liste darauf achten, dass man aus Listen wählt, welche miteinander verbunden (Listen- oder Unterlistenverbindungen) sind – sonst verlieren wir eine Stimme. Der gleiche Name darf höchstens zweimal aufgeführt werden und es dürfen im Kanton Zug maximal drei Listenplätze gefüllt werden. Wenn jemand kumuliert wird, muss jemand anders gestrichen werden.

10 Jahre Junge Alternative

Jonas Feldmann, Junge Alternative

6

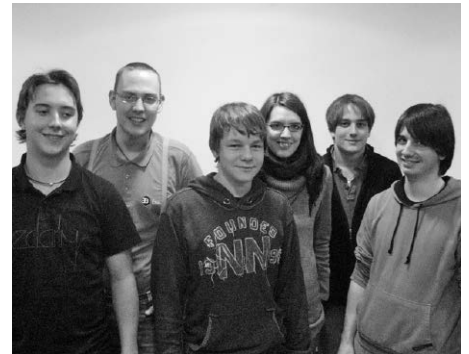
Im Herbst 2019 wird die Junge Alternative zehn Jahre alt und diesen Anlass wollen wir nutzen, kurz innezuhalten und die vergangenen zehn Jahre anhand einiger wichtiger Ereignisse Revue passieren zu lassen. Dass aus der Handvoll motivierter junger Zugerinnen und Zuger, welche sich vor zehn Jahren zusammengefunden haben, einmal eine etablierte, mitgliederstarke, einflussreiche und schlagkräftige Jungpartei werden wird, davon hätten wir uns damals nicht zu träumen getraut. Stetig kommen neue Mitglieder dazu. Mit jeder Kampagne, jeder Aktion, jedem erfolgreich durchgeführten Anlass werden wir als Jungpartei reicher an Erfahrungen und vergrössern unseren Einfluss in der lokalen Politik. Wir «alten Hasen» der Gründergeneration durften das politische Handwerk schon längst an junge, motivierte und überaus engagierte Mitstreiterinnen und Mitstreiter abgeben – aber es erfüllt uns immer wieder mit Freude und auch mit Stolz, wenn wir die Junge Alternative wachsen sehen.

6. November 2009

Gründungsversammlung

Im Siehbachsaaal in Zug wird die Junge Alternative Zug gegründet, als offizielle Jungpartei der Alternativen – die Grünen und als 17. Kantonssektion der Jungen Grünen Schweiz. Statuten und Vorstand werden von den rund 40 Anwesenden einstimmig angenommen bzw. gewählt. «Wir kämpfen für unsere Zukunft», titelt die «Neue Zuger Zeitung» tags darauf.

Der Vorstand der Jungen Alternative Zug: (von links) Johannes Kern, Zug; Matthias Kilchsperger, Walchwil; Jonas Feldmann, Zug; Salomé Zehnder, Zug; Marco Knobel, Cham; Levin Schmid, Steinhausen; nicht im Bild: Andreas Kretz, Walchwil.



Januar 2010

Ja zum Wiederaufbau der Galvanik

Die ersten Monate stehen für die neu gegründete Jungpartei ganz im Zeichen der Jugendkultur. Ein SVP-Referendum gegen den Wiederaufbau des Zuger Kulturzentrums Galvanik führt zu einer Volksabstimmung über die Zukunft des Lokals, welches bei einem Brand beschädigt worden war. Wir engagieren uns stark für ein «Ja» zur Galvanik und dürfen uns am Abstimmungstag über ein deutliches Resultat freuen.



Mai 2010

Protest gegen Öl-Multi

Anlässlich der verheerenden Ölkatastrophe im Golf von Mexiko organisieren wir eine Protestaktion vor den Büros der für die Katastrophe mitverantwortlichen Ölfirma Transocean in Steinhausen. Über die Aktion wird unter anderem auch auf der Titelseite der «New York Times» berichtet.

Oktober 2010

Erste Wahlerfahrungen

Zum ersten Mal nimmt die frisch gegründete Jungpartei im Herbst 2010 an kantonalen Wahlen teil. Wir treten mit fünf Kandidierenden auf den Listen unserer Mutterpartei an. Im Wahlkampf machen wir mit kreativen Giveaways auf uns aufmerksam. Zwar verpassen die jungen Kandidierenden den Einzug ins Parlament – es gelingen ihnen jedoch vielversprechende Resultate. Und tatsächlich: Im Oktober 2013 rutscht Andreas Lustenberger, dazumal Co-Präsident der Jungen Grünen Schweiz, als erste jungalternative Vertretung in den Kantonsrat nach.



Oktober 2011

Jung, wild & alternativ

Unter diesem Motto absolvieren die Jungen Alternativen ihren ersten Nationalratswahlkampf. Trotz grossem Engagement der drei Kandidierenden gelingt es uns nicht, den grünen Sitz im Rat zu halten. Es bleiben gute Erinnerungen und lehrreiche Erfahrungen.



Juni 2014

Initiative für bezahlbaren Wohnraum

Gemeinsam mit der Juso Zug lancieren wir im Sommer 2014 die Initiative für bezahlbaren Wohnraum. Diese fordert 20 Prozent bezahlbaren Wohnraum in 20 Jahren. Das Anliegen findet grosse Zustimmung in der Zuger Bevölkerung, die nötigen Unterschriften haben wir rasch zusammen, bereits ein Jahr nach der Lancierung wird die Initiative eingereicht. Nach einer gewaltigen Gegenkampagne der bürgerlichen Parteien wird die Initiative im Mai 2017 leider abgelehnt.



Dezember 2014

Zersiedelungsinitiative

An einer nationalen Mitgliederversammlung, welche am 6. Dezember 2014 in Zug stattfindet, beschliessen die Jungen Grünen Schweiz, die Zersiedelungsinitiative zu lancieren. Die Initiative hält uns die nächsten Monate und Jahre auf Trab – auch in Zug werden fleissig Unterschriften gesammelt: Über 3000 steuern wir schliesslich dazu bei, dass die Initiative eingereicht werden kann. Auch wenn die Initiative am Abstimmungs-sonntag im Februar 2019 abgelehnt wird, gelingt es den Jungen Grünen dennoch, sich mit einem eigenen Thema in der politischen Agenda zu etablieren. Zum Lohn gibt es viel Medienpräsenz: Der Zuger Luzian Franzini, Co-Präsident der Jungen Grünen Schweiz, vertritt unsere Jungpartei auf den ganz grossen politischen Bühnen der Schweiz.



8

**April 2017
Plakat-Affäre**

Für Schlagzeilen sorgen im Abstimmungskampf zur Wohnrauminitiative auch die beiden Regierungsräte H.T. und M.M. Wegen eines humorvollen und harmlosen Plakatsujets erwirken sie via superprovisorischer Verfügung eine Zensur unseres Abstimmungsplakates und ziehen uns vor Gericht. Dass wir uns gegen die Zensur und diesen massiven Eingriff in die Abstimmungskampagne einsetzen und das Urteil bis vors Bundesgericht weiterziehen, kommt uns teuer zu stehen: Ein inhaltliches Urteil wird nie gefällt, wir bleiben auf hohen Anwalts- und Gerichtskosten sitzen. Nur dank grosszügigen Spenden können wir das grosse Loch in unserer Kasse füllen – noch immer fehlen uns ein paar tausend Franken.

**Mai 2017
Green Earth Festival**

Im Frühling 2017 findet das traditionelle Auffahrtslager der Jungen Grünen Schweiz in Zug statt. Das Lager, welches kurzerhand zum Festival umkonzipiert wird und neben politischen Workshops und Podiumsdiskussionen auch viel Musik, feinstes Essen und eine grandiose Party zu bieten hat, setzt neue Massstäbe: Das Green Earth Festival findet fortan jährlich in einer anderen Region der Schweiz statt.

**Oktober 2018
Drei Wahlerfolge**

Die kantonalen Wahlen vom Herbst 2018 verlaufen aus jungalternativer Sicht sehr erfolgreich. Die Junge Alternative tritt als mitgliederstärkste Jungpartei im Kanton Zug mit 17 Kandidierenden an. In der Stadt Zug wird Stéphanie Vuichard in den Kantonsrat gewählt, Michèle Willimann schafft die Wahl in den Grossen Gemeinderat. Luzian Franzini platziert sich in der Stadt Zug auf dem ersten «Nachrutschplatz» und sitzt seit September 2019 ebenfalls im Kantonsrat.

**28. September 2019
10 Jahre Junge Alternative: Jubiläumsparty**

Zehn Jahre sind seit unserer Gründungsversammlung verstrichen. Diesen Geburtstag möchten wir gebührend feiern und laden alle jungen und junggebliebenen Alternativen zur Jubiläumsfeier im Jugendkulturzentrum i45 ein. Ab 16 Uhr lassen wir unsere besten Momente noch einmal Revue passieren und schauen nach vorne. Anschliessend lassen wir die Korken knallen und feiern mit Musik von Fratelli-B, R we alone?, Jazzmin, Rising Fyah und OG Florin in die Nacht hinein. Die Party ist öffentlich, Tickets gibt es unter ticketino.com.

**Oktober 2019
Nationalratswahlen 2019**

Mit drei engagierten Kandidierenden auf einer eigenen Liste steigen wir in den Nationalratswahlkampf 2019 ein. Die Wahl steht ganz im Zeichen der Klimakrise – und Zug braucht endlich wieder eine grüne Stimme in Bern! ■



Transparente Finanzierung

Fabian Gubser, Junge Alternative

In dieser Frage hinkt die Schweiz anderen europäischen Ländern hinterher. Eine nationale und zwei kantonale Volksinitiativen zeigen, dass sich die Bevölkerung mehr Transparenz wünscht.



Die Grünen sind Vorreiter in Sachen Transparenz.

Die Schweiz gilt als eines der demokratischsten Länder der Welt. Umso mehr erstaunt es, dass sie bezüglich der fehlenden Transparenz in der Parteienfinanzierung seit Jahren gerügt wird. Die Kritik stammt vor allem von der GRECO (deutsch: Staatengruppe gegen Korruption). Wie der Name bereits sagt, ist ihr Ziel, die Korruption zu bekämpfen. Mitglied sind alle 48 europäischen Staaten und die USA. Die Staatengruppe des Europarats evaluiert regelmässig die Anstrengungen der Mitgliedsländer, um Korruption zu bekämpfen. Die Berichte enden jeweils mit konkreten Empfehlungen.

2015 hielt die GRECO in ihrem Bericht fest, dass die Schweiz das einzige Land Europas ist, das die Finanzierung von Parteien und anderen politischen Akteuren nicht regelt.

In ihrem letzten Bericht von 2018 kommt das Gremium zum selben Schluss wie in früheren Berichten: Die Schweiz habe bei den Umsetzungen der Empfehlungen des vorherigen Berichts «keine nennenswerten Fortschritte erzielt». Zum Thema Transparenz der Parteienfinanzierung sei keine der Empfehlungen umgesetzt worden.

Bald findet eine nationale Volksabstimmung statt

Mehrere repräsentative Umfragen, unter anderem des Forschungsinstituts gfs-zürich von 2000 bis 2015 zeigen: Zwei Drittel der Schweizer Bevölkerung wünschen sich mehr Transparenz bei der Parteienfinanzierung. Die Behörden reagieren nicht, aber die Menschen. Die sogenannte Transparenz-Initiative kam im Oktober 2017 zustande. Sie verlangt unter anderem, dass die Parteien ihre Bilanz und ihre Erfolgsrechnung sowie die Herkunft aller Spenden von über

10000 Franken pro Jahr und Person offenlegen müssen.

Der Bundesrat lehnte die Initiative ohne Gegenvorschlag ab. Der Grund dafür: Sie sei «nicht auf das politische System der Schweiz abgestimmt». Eine nationale Regelung liesse sich nicht mit dem föderalistischen System in Einklang bringen. Es bestehen Zweifel, ob Geld Einfluss auf das Ergebnis von Wahlen und Abstimmungen hat und eine Kontrolle wäre zudem mit hohem Aufwand verbunden.

Einige Kantone kennen schon Vorschriften

In der Schweiz kennen bereits die Kantone Neuenburg (2014), Genf (1999) und Tessin (1998) Transparenzregeln. Im Kanton Schwyz und im Kanton Freiburg stimmte die Bevölkerung im Frühling 2018 Ja für eine entsprechende Volksinitiative. Dies geht aus einem zusammenfassenden Artikel der NZZ hervor.

Der bereits erwähnte Bericht der GRECO schreibt dazu:

«Das offizielle Zustandekommen der Transparenz-Initiative auf Stufe Bund und der Erfolg der Volksinitiativen in den Kantonen Freiburg und Schwyz sind ein deutliches Zeichen dafür, dass in der Schweiz wie andernorts in Europa ein Bedarf für mehr Transparenz besteht.» ■

Die junge Alternative lanciert die Zuger Transparenz-Initiative

Inspiriert durch die Volksinitiative in Schwyz lancierte die Junge Alternative Zug kürzlich eine kantonale Transparenz-Initiative. Sie verlangt, dass die Zuger Parteien grössere Spenden offenlegen. Wieso? Wahl- und Abstimmungskampagnen werden in der Schweiz immer teurer. Oft kann die Bürgerin oder der Bürger nur spekulieren, wer hinter den Kampagnen steckt und wie stark der finanzielle Einsatz von Unternehmen, Lobbys und Einzelpersonen ist. Für die eigene Meinungsbildung muss er oder sie jedoch wissen, über wie viel Geld die Parteien verfügen, welche Geldgeber/innen diese bezahlen und was eine Kampagne kostet. Es geht nicht darum, Spenden zu verbieten.

Als einzige Zuger Partei legte die Alternative – die Grünen 2018 im Rahmen ihrer Transparenzkampagne «filzfrei» ihr Wahlbudget offen.

Ausführliches Argumentarium: jungegruene.ch/zg

Infos: transparenz-ja.ch oder transparency.ch

Zwischengenutzt

Jonas Mehr

10

Sogenannte Zwischennutzungen sind zurzeit in aller Munde und dies zu Recht: Temporär genutzte Flächen bieten Möglichkeiten abseits des Konventionellen und haben somit ein grosses Potenzial, neuen, kreativen (unternehmerischen) Ideen eine Startrampe zu bieten und die Umgebung kulturell zu beleben. Welche Angebote und Chancen gibt es in der Stadt Zug?

Am 9. August dieses Jahres wurde auf dem Zuger Landis & Gyr-Areal mit dem «Freiruum» eine der grössten Zwischennutzungen der Schweiz offiziell eröffnet. Auf 7600 Quadratmetern wird ein Ort zum Austausch, Spielen, Feiern und Geniessen geschaffen. Die enorme Fläche ist grob in drei Bereiche geteilt: Markthalle, Sporthalle und Eventhalle. Dabei wurde kein Aufwand gescheut, in der Shedhalle des historischen Industrieareals ein Paradies für Gourmets und Sportbegeisterte zu schaffen. Verwaltet wird die temporäre Nutzung von der Pointbreak Events GmbH, einer Zürcher Marketing- und Eventagen-

tiv im Mainstream angekommen. Entsprechend professionell organisiert und durchgeplant kommen sie heute oft daher. Seit Beginn des neuen Jahrtausends hat eine Transformation vom informellen, spontanen Charakter früher Zwischennutzungen hin zu mehr Professionalisierung, aber auch institutioneller Wertschätzung stattgefunden. Temporäre Nutzungen sind in den Büros der Stadtplaner*innen angekommen. Ein Blick auf vergangene und aktuelle Zwischennutzungen in der Stadt Zug bestätigt diese Tendenz, zeigt aber auch, dass Spontanität und Kreativität nach wie vor gefragt sind.



Die Konzertreihe «Jam am See», organisiert vom Verein Waldstock und der Jugendanimation Zug, wurde wegen Regen in die Zwischennutzung Nordpol verlegt.

tur. Bis mindestens Ende 2022 soll der «Freiruum» Zug um einen neuen Begegnungs- und Vergnügungsort bereichern.

Das klingt so gar nicht nach der typischen, kleinräumigen, freigeistig-improvisierten Zwischennutzung, wo ein paar bunt zusammengewürfelte Kreative etwas Neues ausprobieren. Zwischennutzungen sind defini-

Zwischennutzung in Zug – eine Auswahl

Ende 2014 wurde von kreativen Querdenkern rund um Beat Holdener unweit des Bahnhofs Zug eine historische Werkstatt der Nussbaumer Elektro Zug AG kulturell zwischengenutzt. Im «Chez Nussbaumer» fanden auf eine kurze Zeit konzentriert kulturelle Anlässe al-

ler Art statt. Ein Jahr später öffnete, ebenfalls im Herzen von Zug, «d'Wohnig» ihre Türen. Unter der Koordination von Jasmin Schmid, Debora Bühlmann und Patrick Bützer (Verein Netzwerk Paettern) entstanden während zwölf Monaten diverse Zusammenkünfte, Workshops, kulinarische Abende und Kulturveranstaltungen. Debora und Patrick sind auch heute noch in Zug aktiv: An der Alpenstrasse 13 beim Bahnhof Zug betreiben sie das Paettern Lightup Atelier – quasi eine «permanente Zwischennutzung». Die Nutzung ist unbefristet, steht jedoch ganz im Zeichen des Ausprobierens und eben auch Zwischennutzens. Das Motto: «Alles ist möglich.» In den letzten Monaten war es eher ruhig um das kleine Lokal, ab Oktober 2019 sind jedoch wieder vermehrt Anlässe geplant. Ebenfalls organisieren Debora und Patrick zusammen mit Claudia Castro und Rupan Sivaganesan seit Mai 2019 eine Zwischennutzung im Herti Einkaufszentrum, welches im nächsten Jahr totalsaniert wird. Die Philosophie ist auch dort dieselbe, eine vielfältige Nutzung erwünscht. Einen etwas anderen, jedoch für Zwischennutzungen ebenfalls typischen Weg wählte die V-Zug für das Areal ihrer ehemaligen Handwerkerstadt an der Industriestrasse 62. Die Fläche, welche voraussichtlich noch bis Ende September 2019 zwischengenutzt werden kann, wurde unter verschiedenen Interessenten aufgeteilt. So entstand ein Mix aus digitaler Produktionswerkstatt, Kunstprojekt und Veranstaltungslokal mit Bar, allesamt betrieben durch Vereine aus den Kantonen Zug und Zürich. Professioneller aufgestellt ist die Office LAB AG, welche sich in der alten Post einquartiert hat. Sie ist Teil eines schweizweiten Netzwerks und bietet seit Ende 2017 an bester Lage am Zuger Postplatz flexible Arbeitsplätze für Unternehmer*innen an. Dass von längerer Hand geplante Zwischennutzungen auch scheitern

können, hat das Beispiel des «puur-puur Dörfli» gezeigt. Der temporäre Gastrobetrieb auf dem Güterbahnhofareal musste Anfang 2019 nach gut einem halben Jahr – rund zwölf Monate früher als geplant – aufgrund finanzieller Engpässe die Segel streichen.

Sich dem Markt entziehen

Zwischennutzungen und Zug, da läuft also was. Und ein Ende ist nicht absehbar – im Gegenteil. Der Trend zu mehr leerstehenden Branchen wird sich aufgrund der zu erwartenden Umstrukturierungen der Industrie und des Gewerbes auch in Zug fortsetzen. Der Erfolg solch temporärer Nutzungen ist schnell erklärt: Während die Eigentümer*innen damit laufende Kosten decken, Leerstand vermeiden und gleichzeitig Vandalismus oder sonstige Zerstörung vorbeugen können, ermöglicht es den Nutzer*innen, Ideen zu verwirklichen, welche bei marktüblichen Mietkonditionen schwer oder gar nicht umzusetzen wären. «Günstiger Raum gegen befristete Nutzung» lautet das symbiotische Credo.

Der finanzielle Aspekt ist zentral, gerade weil mit ihm so viel zusammenhängt. In der Stadt Zug mit ihrem hohen Mietzinsniveau zeigt sich dies in aller Deutlichkeit. Eine Vielfalt an Angeboten und Philosophien zu erreichen, ist in einem solchen wirtschaftlichen Umfeld eine grosse Herausforderung und gerade deshalb sind nicht rein ökonomisch orientierte Übergangsnutzungen so wichtig für das Gefüge einer Stadt. Sozusagen als kreative Farbtupfer, die zwar nicht den Anspruch haben, grosse Massen anzusprechen, aber dennoch einen essenziellen Anteil zur Durchmischung in einer Stadt beitragen können. Dabei darf man die zunehmende Professionalisierung von Zwischennutzungen durchaus auch kritisch sehen. Denn Professionalisierung und Ökonomisierung gehen oft Hand in Hand. Aus Sicht einer vielfältigen, lebhaften



Musik und Texte in der Zwischennutzung Nordpol: der «Writers Klub» der Jugendanimation Zug.



Frank Powers spielte im Mai ein Solokonzert in der Zwischennutzung Nordpol.

Stadt scheint jedenfalls wichtig, dass das Credo «günstiger Raum gegen befristete Nutzung» nicht zu stark unter Druck gerät.

Wir alle sind potenzielle Zwischennutzer

Wie steht es um den eingangs erwähnten «Freiruum»? Keine Frage, das Projekt tut der Stadt Zug mit seinem dynamischen Auftreten und engagierten Geist enorm gut. Eine derart grosse Fläche wie die Landis&Gyr-Shedhalle zwischenzunutzen ist in Zug und auch schweizweit weitgehend ein Novum, entsprechend viel Planung im Voraus war nötig. Ob der Ort neben der attraktiven Ange-

botserweiterung im Gastro-, Sport- und Eventbereich auf Dauer auch «Freiruum» für Spontanes sowie für Angebote abseits des Mainstreams schaffen kann, wird sich zeigen. Ein erster Pflock ist mit der Tauschbörse der Facebook-Gruppe «Zuger helfen Zugern» jedenfalls bereits eingeschlagen.

Die gute Nachricht ist: An Räumen, wo sich gerade auch Junge einbringen, etwas ausprobieren und dabei wertvolle Erfahrungen sammeln können, mangelt es in Zug weder heute noch in Zukunft. Im Gegenteil. Machen wir etwas daraus und leisten so einen Beitrag an eine vielfältige Stadt! ■

Gleichstellung, aber subito!

Julia Küng, Zuger Frauen*streik-Komitee, Nationalratskandidatin Junge Alternative

12

Gleichstellung jetzt! Mit dieser Forderung gingen am Freitag, dem 14. Juni 2019, hunderttausende Frauen*¹⁾ in der ganzen Schweiz auf die Strasse. Auch in Zug war der Protest überwältigend. Etwa 500 Frauen* versammelten sich zum Demonstrieren, um Geschichten zu teilen und etwas zu bewegen.

Der Kampf für Gleichstellung ist nach dem Streiktag noch lange nicht vorbei und rückt gerade mit den Wahlen im Oktober nochmals ins Zentrum. Im Folgenden geht es darum, um einige zentrale Anliegen der lauten, violetten Massen am Frauen*streik.

Lohngleichheit und höhere Frauen*löhne

Per Gleichstellungsgesetz von 1984 gilt: gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Bis heute ist dies vielerorts nicht Realität. Deswegen fordern wir unabhängige Lohnkontrollen. Zudem werden «Frauen*berufe», insbesondere Erziehungs- und Pflegearbeit, systematisch schlechter bezahlt. Das führt dazu, dass Frauen* deutlich schlechtergestellt sind.

Schutz vor sexueller Belästigung und Gewalt an Frauen*

Viele Frauen* erfahren weiterhin sexuelle Belästigung jeglicher Art, seien es verachtende Äusserungen oder übergriffige Handlungen, in ihrem Alltag. Wir fordern ein Umdenken in der Gesellschaft. Sexuelle Belästigung muss als ernsthaftes Problem, das es zu lösen gilt, wahrgenommen werden. Dazu soll die Regierung mehr in die Sensibilisierung und die Prävention investieren und sichere Anlaufstellen für Opfer schaffen.

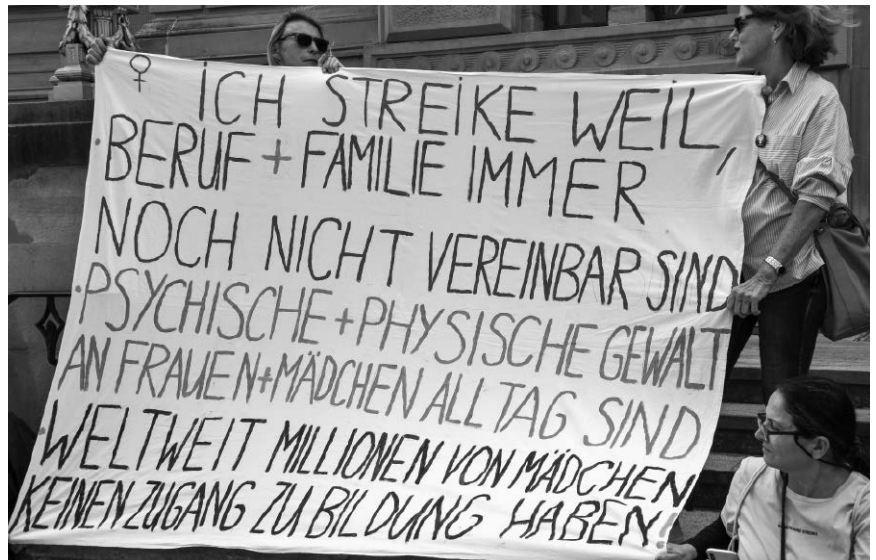
Anerkennung und Ausbau der Care-Arbeit

Nach wie vor wird unbezahlte Arbeit meist von Frauen* geleistet. Sie erledigen zwei Drittel der Hausarbeit und sorgen für Kinder sowie pflegebedürftige Angehörige. Diese Aufgaben sind zentral für das Funktionieren unserer Gesellschaft und tragen zum

Wohlstand bei. Die Care-Arbeit muss mehr Wertschätzung erfahren und entschädigt werden. Da immer mehr Frauen* auch erwerbstätig sind, Männer aber nicht im gleichen Ausmass weniger arbeiten, muss Betreuung und Sorgearbeit als öffentliche Aufgabe auf- und ausgebaut werden.

#Frauenjahr2019

Das Ziel ist simpel: endlich Gleichstellung. Der Weg dorthin deutlich komplizierter. Denn es geht nicht mehr nur um Gesetzesänderungen, es geht um das Handeln und Denken der Gesellschaft und um tief im System verwurzelte Ungerechtigkeiten. Für die Durchsetzung unserer Forderungen ist es zentral, dass dieses Wahljahr das #Frauenjahr2019 wird. Ein Frauen*wahljahr bedeutet: 1. Frauen* gehen wählen. 2. Frauen* werden gewählt. 3. Feministische Frauen* werden gewählt. Nur so



Zuger Frauen* kämpfen vor dem Regierungsgebäude für die Gleichstellung.

Mehr Frauen* in Entscheidungspositionen

Frauen* sind massiv untervertreten. Im Kanton Zug haben wir einen siebenköpfigen Regierungsrat mit genau einer Frau. Ausserdem hat Zug in der ganzen Geschichte noch nie eine Frau* ins Parlament nach Bern geschickt! Die Hälfte der Bevölkerung wurde bisher schlichtweg nicht angemessen repräsentiert. Kein Wunder, dass das Transparent mit der Frage «Wann schicken wir endlich eine Frau* nach Bern?» am Zuger Frauen*streik besonders viel Aufmerksamkeit erhalten hat.

werden Frauen* und ihre Anliegen vertreten und ins Parlament eingebracht. Das ist unabdingbar für die ersten Schritte in Richtung Gleichstellung. Denn egal ob Schulmädchen, Grossmutter, Karrierefrau ohne Kinder oder Migrantin: Wir alle haben ein Recht auf Gleichstellung, und zwar subito.

(Inhalt stützt sich auf die Forderungen des Frauen*streik-Komitees im Kanton Zug) ■

1) Das Gendersternchen bedeutet, dass auch Menschen, die sich keinem binären Geschlecht zugehörig fühlen, mitgenannt sind.

Ehe für alle

Vivienne Hanke, Junge Alternative

Vielen Einwohnerinnen und Einwohnern der Schweiz ist nicht bekannt, dass bei uns die Ehe nur für Mann und Frau in genau dieser Konstellation möglich ist. Wir gehen immer davon aus, dass die Schweiz, ein wirtschaftlich starkes Land, weit entwickelt und in gewissen Bereichen modern ist. Das mag bei gewissen Thematiken sicher der Fall sein, was aber Homosexualität oder im Allgemeinen LGBTI*-Thematiken¹⁾ angeht, sind wir am Schlafen.

Europaweit sind wir auf Platz 27 der LGBTI-freundlichen Länder. Als Quelle wurde die aktuelle im Mai veröffentlichte Liste der LGBTI-freundlichsten Ländern verwendet. Herausgeberin

Das Gesetz

Im Februar 2020 werden wir über das Diskriminierungsgesetz abstimmen, welches nicht heterosexuelle Paare vor Diskriminierung schützen soll.



Paare in einer eingetragenen Partnerschaft haben nicht dieselben Rechte wie verheiratete Paare. Genauso können heterosexuelle Paare sich nicht in eine Partnerschaft eintragen lassen, sondern «nur» heiraten. So sieht Gleichstellung nicht aus.

ist die ILGA Europe Organisation. (Kriterien dieses Rankings sind bspw. die rechtliche Lage in den Ländern.) Gleichgeschlechtliche Paare können sich zwar als Partnerschaft eintragen lassen, jedoch bedeutet das nicht, dass dieses Paar dann den Status «verheiratet» hat. Paare in einer eingetragenen Partnerschaft haben nicht dieselben Rechte, wie verheiratete Paare. Genauso können heterosexuelle Paare sich nicht als Partnerschaft eintragen lassen, sondern «nur» heiraten. Kommt uns dieses Schnecken-tempo der Schweiz nicht bekannt vor? Ach ja stimmt, das Frauenstimmrecht wurde bei uns auch erst 1971 eingeführt!

Dass dieses Gesetz nötig ist, finde ich sehr traurig. Was ist denn schlimm daran, dass Frauen andere Frauen oder Männer andere Männer lieben? Homosexualität kommt auch bei Tieren vor, daher hat das Argument, dass Homosexualität unnatürlich ist, schon mal verloren. Liebe ist doch etwas Schönes, daher soll doch jeder und jede die Personen lieben, die er/sie möchte. Und falls diese Liebe auch erwidert wird, soll sie auch in vollen Zügen ausgelebt werden können. Ohne deshalb in Gefahr zu geraten! Am Freitag 30. August 2019, hat sich die Rechtskommission des Nationalrates für die Einführung der

Ehe von gleichgeschlechtlichen Paaren entschieden. Nach sechs Jahren hat die Kommission auch den definitiven Gesetzesentwurf der parlamentarischen Initiative zur Ehe für alle beschlossen. Voraussichtlich im Frühjahr 2020 wird der Nationalrat über die Vorlage entscheiden. Das ist ein erster und guter Schritt in Richtung Gleichberechtigung. Gleichgeschlechtliche Paare werden in Zukunft die Möglichkeit haben, Kinder zu adoptieren, was heute nur begrenzt möglich ist. Der gleichgeschlechtliche Partner/die gleichgeschlechtliche Partnerin kann bloss die leiblichen Kinder der Partnerin/des Partners adoptieren.

13

Mehrheit dafür

Wir gehen mit diesem Beschluss in die richtige Richtung: Mit dieser Vorlage können gleichgeschlechtliche Paare zwar heiraten, jedoch besteht die Gleichstellung damit noch immer nicht. Heterosexuelle Paare haben die Möglichkeit, bei Unfruchtbarkeit des Mannes, auf Samenspenden zuzugreifen. Lesbischen Paaren bleibt dies weiterhin verweigert. Innerhalb der Schweiz bleibt eine künstliche Befruchtung damit nur für Frauen in einer heterosexuellen Ehe möglich. Viele zivilgesellschaftliche Organisationen haben sich positiv zur Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren geäußert. So zum Beispiel der schweizerische katholische Frauenbund. Auch ein Grossteil der Bevölkerung ist gegenüber der Ehe für alle positiv eingestellt. Das zeigen u.a. unabhängige Befragungen, welche bereits vor einigen Jahren oder auch aktuell durchgeführt wurden. Bei einer Umfrage des «Tages-Anzeigers» mit knapp 2300 Teilnehmenden sprechen sich 78 Prozent für die Ehe für alle aus. ■

1) LGBTI steht für Lesbian, Gay, Bisexuell, Transgender, Intersexuell

Neoliberale Angstmacherei

Luzian Franzini, Kantonsrat, Junge Alternative

14 Die Einführung der AHV als effiziente und ausgeglichene Altersvorsorge ist seit Beginn der grösste Erfolg der Arbeiter*innen-Bewegung der Schweiz. Durch das Umlageverfahren ist die AHV gelebte Solidarität – was den rechten Parteien ein Dorn im Auge ist.

Auch wenn es für viele langweilig und unwichtig erscheint: Alterspolitik gehört wirtschafts- und sozialpolitisch zu den zentralsten Gebieten. Bereits kleine Änderungen in der Finanzierung oder in der Höhe der Renten verteilen Millionen zwischen den Einkommensschichten um. In der nächsten Legislatur entscheidet sich, wie die Früchte unserer Arbeit verteilt werden. Ist die Erhöhung des Rentenalters unabwendbar?

Es ist paradox: Dank technischer Innovation arbeiten wir immer schneller, präziser und besser. Die Wirtschaft brummt und der durch die Arbeitskraft erschaffene Mehrwert wird jedes Jahr grösser. Unsere Wirtschaft wird in gewissen Branchen pro Jahr 2 Prozent produktiver. Die Digitalisierung wird in den nächsten Jahren noch einige technologische Sprünge machen, was unsere Arbeitseffizienz massiv steigern wird. Das Problem ist jedoch, dass die Gewinne dieses Fortschrittes sehr ungleich verteilt werden. Der französische Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty hat in den letzten Jahren aufgezeigt, dass 75 Prozent unserer Produktivitätsgewinne in den Taschen der obersten 10 Prozent gelandet ist.

Das Demografieproblem

In der politischen Diskussion spricht man jedoch kaum darüber. Die Debatte wird durch das scheinbare «Demografieproblem» überdeckt. Die AHV sei unstabil und drohe zu kollabieren. Dramatische Grafiken zeigen die massiven Umlagedefizite. Wegen der steigenden Lebenserwartung und der baldigen Pensionierung der Babyboomer-Jahrgänge wird befürchtet, dass die AHV in eine finanzielle Schiefelage geraten könnte. Dies ist

ein altbekanntes Muster. Seit der Einführung der AHV im Jahr 1948 wurde sie von bürgerlichen Kräften schlechtgeredet. Statistiker des Bundes warnten bereits damals vor der «Vergreisung des Schweizervolks». Mit dem Schreckensgespenst der «Überalterung», gelang es den Rechten eine Nebelpetarde loszulassen, welche bis weit ins linksliberale Spektrum die Sicht zu trüben scheint. Das neoliberale Credo, dass bei steigender Lebenserwartung entweder mehr gearbeitet, mehr einbezahlt oder die Leistungen gekürzt werden müssten, hält sich nachhaltig. Politiker*Innen der SP zeigen sich kompromissbereit, wenn es um die Erhöhung des Frauenrentenalters von 64 auf 65 geht, und haben im Abstimmungskampf rund um den STAF-Kuhhandel fleissig beim AHV-Schlechtreden mitgemacht.

In der Realität entwickelten sich die Finanzen der AHV in den letzten Jahrzehnten immer besser als die düsteren Voraussagen. Hauptgrund waren die Reallöhne, welche sich in den letzten 60 Jahren vervierfacht haben. Das Geniale an der AHV ist, dass mit den Reallöhnen auch die AHV-Einnahmen steigen. Obwohl die Zahl der Arbeitstätigen pro Rentner*in seit der AHV-Gründung von 6,5 auf 3,4 gesunken ist, ist die Finanzierung der AHV stabil. Das Bundesamt für Statistik (BFS) geht sogar davon aus, dass sich nach 2030 das Verhältnis zwischen Aktivbevölkerung und Rentner*innen wieder entspannen wird. Auch die Lebenserwartung wird in nächster Zeit nicht mehr so stark steigen, wie dies seit der Nachkriegszeit der Fall war. Laut Schätzung des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV) werden die AHV-Reserven bis

zum Jahr 2025 auf rund 33,8 Milliarden Franken «schrumpfen», 2030 kommt jedoch bereits die nächste Babyboomer-Generation ins erwerbsfähige Alter. Mehr junge Menschen werden die AHV wieder auf Jahrzehnte sichern.

Umverteilung von Reich zu Arm

Demographisch besteht der Handlungsbedarf also vor allem bis 2030, das wissen auch rechte Politiker*innen. Der wahre Grund, weshalb die Bürgerlichen die AHV schwächen wollen ist ein anderer. Sie stören sich am Solidaritätsgedanken der ersten Säule. Indem die Renten gedeckelt sind, werden Rentengelder von den Reichsten 10 Prozent zum Rest der Bevölkerung umverteilt. Verdient jemand Millionen, so bezahlt er das Vielfache von dem ein, was er jemals selbst beziehen kann. Während mit dem Kapitaldeckungsverfahren, welches bei den Pensionskassen angewendet wird, Gutverdienende für sich selbst sparen können, müssen sie in der AHV ihren fairen Beitrag abgeben. Damit finanzieren sie Renten von Menschen, die ohne AHV im Alter kein würdiges Leben führen könnten. Die AHV reicht jedoch nicht aus, um die Mindestbedürfnisse zu decken. Immer mehr Menschen sind von Ergänzungsleistungen abhängig. 210 000 Pensionierte beziehen Ergänzungsleistungen, da ihre Rente nicht ausreicht. Seit 1998 hat sich die jährliche Zahl der Menschen, welche mit Schulden verstorben sind, verdreifacht.

Kapital- und Produktivitätsgewinne

Dabei wäre das Geld für angemessene Renten vorhanden. Die obersten 10 Prozent profitierten in den letzten Jahrzehnten von fetten Kapital- und Produktivitätsgewinnen. Zudem wurde die durchschnittliche Steuerbelastung für hohe Einkommen gesenkt und die Löhne des reichsten Zehntels stiegen seit 1996 um 21 Prozent.



1.-Mai-Feier 1947
mit Werbung für
die AHV.

Für mittlere Einkommen sieht die Situation jedoch anders aus. Die effektive Kaufkraft nach Abzug von Krankenkassenprämien und Mietkosten sinkt. Vor diesem Hintergrund sind die bürgerlichen Empfehlungen «man müsse halt in der Altersvorsorge auf Eigenverantwortung setzen» nur zynisch. Eine dritte Säule kann sich eine Arbeiter*in mit einem Durchschnittslohn schlicht und einfach nicht leisten.

Auch die Pensionskassen sind bei dieser Problemlage keine grosse Hilfe. Obwohl mittlerweile bereits 1 Billion (eine 1 mit 12 Nullen!) Franken in den Schweizer Pensionskassen verwaltet wird, stehen in der Schweiz 500 000 arbeitende Frauen* ohne Pensionskassen da. Heute stellt die AHV für Zweidrittel der Rentner*innen die Haupteinnahmequelle dar.

Falls es keinen klaren Linksrutsch bei den Wahlen diesen Herbst gibt, wird die neoliberale Mehrheit im Nationalrat alles dafür tun, das Renten-

alter schrittweise zu erhöhen. Auch das Rentenalter 67 steht offen zur Diskussion. Hier müssen die linken Kräfte gemeinsam ein Gegenmodell für eine bezahlbare und solidarische Altersvorsorge erarbeiten. Damit die ganze Gesellschaft von der Digitalisierung profitiert, braucht es längerfristig eine Verkürzung der Arbeitszeit: Dies könnte entweder mit einer Senkung des Rentenalters oder einer geringeren Wochenarbeitszeit passieren.

Die Chance zur grundlegenden Reform

In der aktuellen Situation eröffnen sich für die Linken jedoch auch Chancen für eine grundlegende Reform, welche das Drei-Säulen-System massiv vereinfachen könnte. Zur Diskussion steht eine Volkspension. Mit der Fusionierung der ersten und der zweiten Säule liessen sich mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen. Nach Annahme der Initiative werden keine neuen Beiträge mehr

an die Pensionskassen bezahlt. Die gesamten Beiträge von Erwerbstätigen und Arbeitgebern würden in die AHV fliessen. Die AHV-Renten würden so angepasst, dass sämtliche Pensionierten einen Rentenbetrag (Pensionskasse eingerechnet) von mindestens 4000 Franken erreichen. Es darf nicht sein, dass in einem der reichsten Länder der Welt viele Rentner*innen knapp am Existenzminimum leben müssen! Indem die staatliche Vorsorge auf das Umlageverfahren setzen würde, würden Finanzmärkte entlastet. Zudem ist das AHV-System nachweislich günstiger und effizienter, um die gleiche Rentenleistung zu erbringen wie die Pensionskassen. Ohne Pensionskassen sind unsere Renten nicht mehr von Börsenspekulation und der Entwicklung der Aktienkurse abhängig. Die Linke darf sich nicht mehr so leicht von neoliberalen Studien und Medienartikeln täuschen lassen: Ein würdiges Leben im Alter ist keine Utopie, sondern ein Grundrecht. ■

Klimastreik

Jana Leu, Junge Alternative

16 Die Jugend streikt. Und das seit mehr als einem Jahr. Nicht für mehr Ferientage oder weniger Schulstunden. Sie streiken fürs Klima, und das weltweit. Von Mosambik über Sri Lanka, Chile hinunter zum Genfer See und einmal quer hinauf in die Ostschweiz. Seit die damals 15-jährige Schwedin Greta Thunberg sich eines Tages dazu entschloss, fürs Klima auf die Schule zu verzichten, sieht der Freitagnachmittag tausender Jugendlicher etwas anders aus.

Am 24. August 2018 setzte sich Greta zum ersten Mal für mehrere Stunden vor das schwedische Regierungsgebäude und streikte. Sie fordert die

der allgemeinen Umweltgerechtigkeit und soll unter anderem die Folgen der Klimaerwärmung unter Berücksichtigung des Verursacherprinzips



Junge Menschen aus Zug streiken für ihre Zukunft.

Regierung dazu auf, das 2015 abgeschlossene Pariser Abkommen einzuhalten. Damals verpflichteten sich 196 Staaten die Treibhausgasemissionen zu reduzieren und die globale Erwärmung zumindest unter 2°C zu halten. Mit ihrer Aktion blieb Greta nicht lange unbeachtet.

Die Schweizer Klimabewegung

Am 14. Dezember gingen auch in der Schweiz zum ersten Mal rund 500 Schüler*innen auf die Strasse und machten damit auf die gegenwärtige Klimakrise aufmerksam.

Schliesslich folgte am 19. Januar der erste schweizweite Streik in rund 15 Städten. Gemeinsam, spontan und basisdemokratisch über WhatsApp organisiert fordern die jungen Erwachsenen den schweizweiten Klimanotstand, Netto null Emissionen bis 2030 und dem allem voraus: Klimagerechtigkeit. Diese ist fester Bestandteil

gerechter verteilen und ausgleichen. Am 15. März erreichte die Klimabewegung den damaligen Höhepunkt und war mit rund 1,8 Millionen Teilnehmenden in 125 Ländern und an 2083 Orten weltweit auf den Strassen vertreten. In der Schweiz konnten knapp 66 000 Streikende jeglichen Alters verzeichnet werden. Damit wurde die schläfrige Politik im grossen Stil wachgerüttelt.

Am 24. Mai folgte ein zweiter globaler Streik, an welchem erneut rund 1,6 Millionen Klimastreikende aus mehr als 119 Ländern teilnahmen. Schweizweit halbierte sich die Zahl auf 35 000 Menschen. Trotz der sinkenden Partizipation engagieren sich aber nach wie vor zahlreiche Jugendliche, obwohl sie sich immer wieder gegen die zynischen Zungen der Klimakritiker durchsetzen müssen. Doch der starke Durchhaltewille der Jungen zahlt sich langsam aus.

Am 20. Februar 2019 rief der Grosse Rat in Basel als erste Schweizer Stadt den Klimanotstand aus. Gefolgt von weiteren Schweizer und internationalen Städten. Seither wurde es zwar ruhiger um die Schweizer Klimastreikbewegung, im Zuge der nationalen Wahlen Mitte Oktober dürfte sich aber noch einiges tun.

Am Flughafen fallen sie alle tot um

Im Rahmen des Klimastreiks organisierte eine Gruppe aus Klimastreikenden und Leuten der Gruppe Extinction Rebellion (XR) zu Beginn der Sommerferien ein sogenanntes «Die-In» am Flughafen Zürich. Die Teilnehmenden wandelten vereinzelt durch die menschenüberfüllten Hallen der SWISS und fielen schliesslich um Punkt 14 Uhr gleichzeitig «tot» um. Damit symbolisierten sie, welchen tödlichen Ausgang das Leben auf Erden hat, wenn Mensch weiterhin die akuten Klimafakten verleugnet. Diese Aktion, die gemeinsam mit dem Kinderliedermacher Linard Bardill durchgeführt wurde, ist nur eine von vielen, um die Aufmerksamkeit der grossen Masse zu gewinnen.

Die Jugend bewegt sich und das ist auch gut so

Wenn rund 1,8 Millionen junge Menschen weltweit auf die Strasse gehen, um für die gleiche Sache zu streiken, dann bewegt das. Es bewegt die Jugend selbst, es bewegt die Eltern und die Grosseltern. Aber es bewegt auch Politiker und nicht zuletzt die Kritiker. Obwohl die Klimastreikbewegung nach ihrer Klimax Ende Mai etwas einsackte und stagnierte, werden die verbliebenen aktiven Teilnehmenden noch lange nicht verstummen. Denn solange junge Menschen wie Greta Thunberg oder Schüler*innen aus Zug für ihre Zukunft vor der Regierung stehen, wird sich die Schweiz und die Welt ebenfalls damit auseinandersetzen müssen. ■

Verantwortung im Konzern

Christina Gut, Junge Alternative

Wer im Konzern hat die Verantwortung? Was heisst überhaupt Verantwortung? Gemäss Wikipedia: «Der Begriff der Verantwortung bezeichnet nach verbreiteter Auffassung die einer handelnden Person oder Personengruppe (Subjekt) gegenüber einer anderen Person oder Personengruppe (Objekt) zugeschriebene Pflicht aufgrund eines normativen Anspruchs, der durch eine Instanz eingefordert werden kann.»

Am Beispiel der Konzernverantwortungsinitiative (KOVI) konkretisiert: Ein Konzern in Form einer Aktiengesellschaft (das Subjekt) hat eine Pflicht gegenüber der Gesellschaft (das Objekt), welche gegebenenfalls durch den Staat (die Instanz) eingefordert werden kann. Doch welche Personengruppe in einem Konzern ist als Subjekt zu verstehen? Zwei mögliche Gruppen sind die Geschäftsleitung sowie die Shareholder (z.B. Besitzer*innen, Aktionär*innen etc.).

Geschäftsleitung oder Aktionäre?

Die Geschäftsleitung (GL) hat in einem Unternehmen die durch die Shareholder festgelegten Ziele zu erreichen. Meist handelt es sich dabei um sehr gut bezahlte Posten mit viel operativer Macht. Die GL bestimmt den Kurs eines Konzerns stark mit und erfüllt grundsätzlich die Rolle des Subjekts (handelnde Personengruppe). Andererseits sind auch die CEOs und anderen GL-Mitglieder Angestellte des Konzerns und führen einen Auftrag aus. Dieser wird von den Shareholdern festgelegt. Die Shareholder bestimmen die Geschäftsleitung und definieren deren Auftrag. Daher ist diese Gruppe wohl am ehesten als in der Pflicht stehend zu verstehen. Andererseits können die Shareholder nicht kurzfristig eingreifen und sind je nach Geschäftsform in ihrer Entscheidungsmacht oft limitiert. Auch kann die Geschäftsleitung die Shareholder in ihren Entscheidungen beeinflussen. Je nach Argumentation ist eher die eine oder die andere Gruppe stärker in der Verantwortung, also als Subjekt zu verstehen. Eine eindeutige

Antwort gibt es nicht. Die KOVI hat sich daher weniger auf das wer als auf das wie konzentriert.

Laut der obenstehenden Definition ist Verantwortung eine zugeschriebene Pflicht, in diesem Fall die von der Gesellschaft den Konzernen zugeschriebene Pflicht, sich an Menschenrechts- und Umweltstandards zu halten, und das auch von Zulieferern zu verlangen. Diesen normativen Anspruch müsste eigentlich der Staat einfordern. Doch warum erfüllen die Konzerne die Pflicht nicht von sich aus und warum fordert der Staat sie nicht ein?

Die Umsetzung dieser Pflicht liegt in den Händen der Geschäftsleitung. Die GL befindet sich im Spannungsfeld eines formalen Anspruchs der eigenen Arbeitgeber*innen (Shareholder) und eines normativen Anspruchs der Gesellschaft. Letztere sendet jedoch widersprüchliche Signale

bezüglich der eigenen Norm. Einige Teile, meist Aktivist*innen und links-grüne Politiker*innen, äussern einen normativen Anspruch, bürgerliche Politiker*innen betonen die Wichtigkeit des «freien» Marktes. Der grosse Rest der Gesellschaft schweigt. Dass gelegentlich Aktivist*innen beispielsweise Glencores Geschäftspraktiken anprangern, hat für das Unternehmen kaum Folgen. Die linken Politiker*innen, welche über den parlamentarischen Weg dem Konzern wirklich zusetzen könnten, werden durch die bürgerliche Mehrheit blockiert. Konzerne spüren keinen Druck, ihre Geschäftspraktiken zu ändern und damit den Gewinn für die Aktionär*innen möglicherweise zu schmälern.

Die KOVI umgeht diese bürgerliche Blockade und erlaubt dem Souverän, eine durch den Initiativtext vordefinierte Norm zu bestätigen. Wird diese nicht eingehalten, hat der Staat neu die Pflicht einzugreifen. Die Ansprüche der Gesellschaft würden daher im Spannungsfeld einer GL massiv gestärkt, wodurch diese erstmals ein echtes Gegengewicht zu den Ansprüchen der Aktionär*innen darstellen können. Daher: Nehmen wir die Konzerne in die Verantwortung! ■



Aktivist*innen in Zug fordern Einhaltung von Menschenrechten.

Segen oder Fluch?

Delia Meier, Junge Alternative

18

Die Welt zu ernähren, ist keine einfache Aufgabe. Lange Zeit hat sich die weltweite Hungerproblematik verbessert, doch neuste Zahlen eines Forschungsberichtes der UNICEF zeigen, dass im Jahr 2018 weltweit wieder mehr Menschen an Hunger litten als in den Jahren zuvor. Jede neunte Person hatte im letzten Jahr nicht genügend zu essen, das sind weltweit 820 Millionen hungerleidende Menschen (UNICEF, 2019).

Was die Ernährungssicherheit anbelangt, befinden wir uns also nicht mehr auf einem grünen Zweig. Im Gegenteil: Die Situation ist heute schon schlimmer als vor wenigen Jahren und wird sich in Zukunft noch verschärfen. Denn zwei der grössten Herausforderungen, die wir in den nächsten Jahren werden meistern müssen, verschlimmern neben allen anderen Problemen auch noch die Situation der Ernährungssicherheit drastisch.

Herausforderungen

Da ist einerseits das grosse Bevölkerungswachstum: Bis in 30 Jahren werden voraussichtlich 2 Milliarden mehr Menschen auf diesem Planeten leben (UN, 2019). 2 Milliarden mehr Menschen, die natürlich auch essen müssen. Was tun mit zusätzlichen 2 Milliarden, wenn wir heute schon 820 Millionen nicht ernähren können?

Dies allein wäre schon schlimm genug, doch die Klimakrise wird die Ernährungssicherheit auch noch weiter gefährden. Mit steigender Erderwärmung werden extreme Temperaturen, Dürrekatastrophen und Fluten in den nächsten Jahren vermehrt auftreten und die internationale landwirtschaftliche Produktion gefährden.

Wen trifft's?

Niemand wird von den Folgen der Klimakrise verschont werden. Doch, wie so oft, trifft vor allem die Ärmsten. Diejenigen, die am stärksten von den obengenannten Katastrophen betroffen sein werden und keine finanziellen und technischen Ressourcen haben, um damit umzugehen, sind dieselben 820 Millionen

Menschen, die schon 2018 an Hunger litten. Das grosse Bevölkerungswachstum, die Folgen der Klimakrise und die Ernährungssicherheit respektive das Fehlen davon werden die globale Ungleichheit noch verstärken.



Bietet die Gentechnik tatsächlich mehr Chancen als Risiken?

Wie können wir weitere zwei Milliarden Menschen ernähren in einer Welt, deren Klima und die Grundlagen der landwirtschaftlichen Produktion sich rapide verändern? Wenn sich allein das Bevölkerungswachstum verändern würde, müssten wir nur sicherstellen, dass mehr Nahrungsmittel hergestellt werden und auch bei den hungernden Menschen

ankommen. Das sich wandelnde Klima der Erde zwingt uns aber dazu, nicht nur mehr, sondern auch anders zu produzieren. Mit herkömmlichen Methoden sind unser Saatgut und unsere Landwirtschaft nicht dazu ausgerüstet, um zum Beispiel mit stark schwankenden Temperaturen, Dürren und Fluten zurechtzukommen. Wie also anders produzieren? Wie können wir die Ernährungssicherheit in Zukunft für alle Menschen sicherstellen, in einem anderen Klima als jenem, das wir kennen und beherrschen? Abhilfe könnte ein

kontroverser Zweig der Agrarindustrie schaffen: die Gentechnologie. Konventionelle Methoden, die heute in der Landwirtschaft genutzt werden, funktionieren eben genau heute. Doch sie sind nicht genügend anpassungsfähig und nachhaltig für die Welt von morgen. Was, wenn wir mit Gentechnologie effizienter, nachhaltiger und gesünder Nahrungsmittel

für alle produzieren und eine Landwirtschaft kreieren könnten, die sich an die sich schnell verändernden klimatischen Bedingungen anpassen könnte?

Weshalb Gentechnologie?

Konventionelle Methoden reichen heute schon nicht aus, um uns alle zu ernähren. Gentechnologische Methoden hingegen, wie zum Beispiel das CRISPR-System, könnten viele Probleme beheben oder kompensieren. Heute wird das CRISPR-System in der Landwirtschaft vor allem zur Schädlingsbekämpfung eingesetzt. So gibt es zum Beispiel Maispflanzen, die ihr eigenes Insektizid herstellen oder aber resistent sind gegen Herbizide. Doch die Gentechnologie kann viel mehr als das! Um einige Beispiele zu nennen für denkbare Anwendungen in Zukunft: Mit Hilfe von gentechnologischen Methoden könnten wir Pflanzen züchten, die weniger Wasser benötigen und somit ein Teil des Problems des weltweiten Wassermangels lösen. Oder aber wir könnten Pflanzen züchten, die sich besser anpassen können an sich schnell verändernde klimatische Bedingungen, die als in Dürre- sowie Nässeperioden überleben können.

Die Bedenken

Wenn die Gentechnologie Möglichkeiten bietet, den weltweiten Hunger sowie die Auswirkungen des Klimawandels auf die landwirtschaftliche Produktion einzugrenzen, weshalb ist sie dann so umstritten? Jahrzehntlang war unklar, wie sicher gentechnologisch veränderte Lebensmittel seien. Doch heute sind die Studien ausgeführt und -gewertet worden und die Wissenschaft sich einig: Gentechnologisch veränderte Lebensmittel sind nicht mehr oder weniger sicher als herkömmlich produzierte (NAS, 2016). Dafür können sie aber deutlich gesünder sein, so gibt es zum Beispiel den «Goldenen Reis», der dank Gentechnologie den Vitamin-A-

Mangel beheben kann, der vor allem bei Kindern in Entwicklungsländern ein grosses gesundheitliches Problem darstellt (NCBI, 2009).

Eine weitere häufige Sorge ist der Gedanke, dass die Gentechnologie «nicht natürlich» sei. Doch was bedeutet schon natürlich? Der Mensch hat seit Beginn der landwirtschaftlichen Revolution Gentechnologie betrieben: Eine Vielzahl unserer heutigen Gemüse und Früchte gab es so ursprünglich nicht, sondern wurden vom Menschen gezüchtet. Der Mensch hat Gentechnologie betrieben, indem er Pflanzen mit den gewollten Eigenschaften aussuchte und sie kreuzte, in der Hoffnung, dass diese Eigenschaften in der nächsten Generation vermehrt auftreten würden. Heute versuchen Forscher*innen mit Systemen wie CRISPR genau dasselbe zu tun, nur ist die heutige Gentechnologie viel präziser und sicherer als einfach Organismen zu kreuzen und «auf gut Glück zu hoffen».

Monopolstellung

Vor der «Grünen Revolution», also der gentechnologischen Revolution in der Landwirtschaft, war Saatgut nebst dem Land das grösste Kapital der Bäuer*innen. Mit grossen Konzernen wie Monsanto, Syngenta und Co, die ihr gentechnologisch verändertes Saatgut patentieren und zu hohen Preisen vermarkten, werden die Bäuer*innen abhängig von diesen Konzernen. Sie müssen immer wieder neues Saatgut kaufen und die Preise akzeptieren, weil sie ihnen eben genau aufgrund ihrer Monopolstellung ausgeliefert sind. Wir müssen unbedingt soziale Verantwortung übernehmen und diesen Trend der Monopolbildung stoppen, weil er die globale Ungleichheit noch mehr erhöht: Die Bäuer*innen werden immer abhängiger und infolge dessen auch ärmer, weil je abhängiger sie sind, desto teurer können die Konzerne ihnen das Saatgut verkaufen.

Die Monopolbildung und Abhängigkeit der Bäuer*innen hat aber nicht a priori etwas mit der Gentechnologie zu tun. Denn wie wir sehen, haben wir diese Probleme auch schon heute, wo das meiste Saatgut noch nicht gentechnologisch verändert ist. Auch wenn wir der Gentechnologie ein weltweites Moratorium auferlegen würden, würde dies das Problem der Monopolbildung nicht lösen. Somit lohnt es sich nicht, nur aufgrund einer Gefahr, die auch so existiert, alle anderen Vorteile der Anwendung der Gentechnologie in der Landwirtschaft in den Wind zu schlagen.

Die Zukunft

Wie wir gesehen haben, bringt die Gentechnologie eindeutig Gefahren mit sich. Dennoch überwiegen die Vorteile und die Möglichkeit, mehr Menschen in Zeiten der Klimakrise zu ernähren. Doch was braucht es, bevor gentechnologische Methoden flächendeckend eingesetzt werden können? Es ist von zentraler Relevanz, dass wir als Gesellschaft beginnen, uns Gedanken über die Chancen und Gefahren der Gentechnologie zu machen, dass wir den Diskurs führen, den wir seit Jahren vermieden haben. Nur dadurch können wir einerseits das Feindbild «Gentech» zerstören, andererseits uns den Gefahren und der sozialen Verantwortung bewusst werden, die wir alle wahrnehmen sollten. ■

Gentechfreie Landwirtschaft

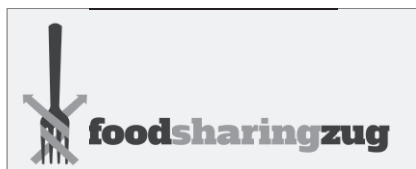
Die Grünen Schweiz engagieren sich für eine nachhaltige, regionale, bäuerliche Landwirtschaft, die pestizid- und gentechfreie Lebensmittel herstellt. Zusätzlich machen sie sich stark, dass die gentechfreie Landwirtschaft gesetzlich verankert wird. Die Jungen Alternativen des Kantons Zug unterstützen diese Haltung.

Food Waste, so ein Unsinn

Janine Zingg, Foodsharing Zug

20

Früher wusste das jedes Kind: «Nimm dir nur so viel wie du essen kannst.» Diese Weisheit scheint jedoch halb vergessen zu sein. Lebensmittel werden im Übermass produziert, weiterverarbeitet und in den Geschäften angeboten. Wir geniessen eine unglaubliche Auswahl an Produkten und kaufen lieber einmal zu viel als zu wenig ein. Die Folge: Einwandfreie Lebensmittel werden weggeworfen.



Foodsharing setzt sich gegen diese Lebensmittelverschwendung ein. Überproduzierte oder ungewollte Lebensmittel werden eingesammelt und unentgeltlich zum Konsum weiterverteilt. Foodsharing hat es sich zum Ziel gemacht, die Wertschätzung für Lebensmittel zu steigern, Menschen für das Thema Food Waste zu sensibilisieren und sich aktiv gegen die Ressourcenverschwendung einzusetzen.

Umweltaspekte

Food Waste ist nicht nur aus moralischer Perspektive fraglich, sondern schadet auch der Umwelt. Die Ernährung trägt in der Schweiz mit einem Anteil von 28 Prozent zur Gesamtbelastung an CO₂-Emissionen bei. Die Verschwendung geniessbarer Lebensmittel ist ein Teil davon. Wenn Lebensmittel produziert, aber nicht konsumiert werden, bedeutet das einen unnötigen Verbrauch von Ressourcen. Im ganzen Prozess werden Böden bepflanzt und unter dem Einsatz von Wasser und Energie bestellt. Lebensmittel werden vom Produzenten zum verarbeitenden Betrieb transportiert, verpackt und weitertransportiert, bis sie schliesslich in den Läden angeboten werden. Hinzu kommt die Arbeitskraft, die in den Lebensmitteln steckt und ebenfalls symbolisch in den Müll geworfen wird. Durch das ständige Überangebot landet ein Teil der Lebensmittel und deren oft aufwendige Verpackung unweigerlich in der Tonne. Die Ressourcen und CO₂-



Ein Fair-Teiler in Zug.

Emissionen wurden damit vergebens verbraucht. Um Food Waste langfristig zu reduzieren, muss ein Umdenken hin zu einer höheren Wertschätzung für Lebensmittel stattfinden. Die Privathaushalte sind für rund ein Drittel des Food Waste in der Schweiz verantwortlich. Damit haben sie auch das Potenzial, die Verschwendung der Lebensmittel massgeblich zu reduzieren. Über Foodsharing finden Einzelpersonen Unterstützung, um Food Waste in den eigenen vier Wänden zu vermeiden, und haben ausserdem die Chance, sich noch stärker für die Lösung des Problems einzusetzen.

Foodsharing in Zug

Foodsharing wurde 2012 in Deutschland ins Leben gerufen und hat seither auch in Österreich und diversen Städten der Schweiz Verbreitung gefunden. Die Plattform foodsharing.network ermöglicht, online Essenskörbe mit Lebensmittel anzubieten, oder in einer Foodsharing-Gruppe in der Nähe aktiv zu werden. Foodsharing Zug hat als kleine Gruppe begonnen und sich in den vergangenen zwei Jahren zu einem lebhaften Verein entwickelt. Im Raum Zug holen Helfer in kleinen und grossen Betrieben regelmässig Lebensmittel ab und stellen sie in den sogenannten Fair-Teilern zum Abholen bereit. Zuerinnen und Zuger bedienen sich an den verschiedenen Fair-Teiler-Standorten und leisten so ihren Beitrag gegen Food Waste. Da Foodsharing mit dem Verteilen der Lebensmittel keinen karitativen Zweck verfolgt, stehen sie jedem zur Verfügung. Die Nachfrage ist gross. Um dieser Nachfrage gerecht zu werden und Food Waste noch stärker zu reduzieren, ist Foodsharing Zug auf motivierte Helferinnen und Helfer angewiesen.

Findest auch du Food Waste unsinnig und bist motiviert, die halb verblasste Weisheit «nimm dir nur so viel, wie du essen kannst» wiederzubeleben? Dann melde dich unverbindlich bei Foodsharing Zug und erfahre was du tun kannst. ■

Kontakt und weitere Informationen

foodsharingzug.ch
 foodsharingzug@gmail.com
 facebook.com/foodsharingzug
 foodsharing.network
 bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/abfall/abfallwegweiser-a-z/biogene-abfaelle/abfallarten/lebensmittelabfaelle.html#1267103166
 wwf.ch/de/unsere-ziele/foodwaste
 foodsharing.network

Fair-Teiler-Standorte

Zug, St. Johannes
 Baar, Jugendcafé
 Cham, Gemeinwesenzentrum

Korrektur im Bundesrat

Grünspecht – ein kritischer Vogel

Die Schweiz wählt die beiden Kammern des Parlamentes – und befindet damit nur sehr indirekt über die Zusammensetzung der Landesregierung, über den Bundesrat. Wie wenn dieses Gremium irgendwo über den Parteien schweben würde.

21

Wer Wahlen gewinnt, soll Verantwortung übernehmen und die Ausrichtung der Politik bestimmen können. Parteien bilden Regierungen, indem sie sich zu Koalitionen zusammenschliessen und so in den Parlamenten über eine Mehrheit verfügen. So wird es in allen Demokratien rund um unser Land herum praktiziert. Nur hier in der Schweiz ist es anders – da raufen sich die grossen Parteien in einer Konkordanzregierung zusammen und tragen gemeinsam die Kompromisse des Bundesrates. Das ist das Idealbild, das uns Wählerinnen und Wählern «von oben» so schön vermittelt wird.

Allerdings ist diese Konkordanz – in der Schweiz heisst sie «Zauberformel» – in diesem Jahrtausend ins Rutschen geraten. Mit der Wahl von Christoph Blocher im Jahre 2003 war die Abbildung gemäss Parteienstärke im Bundesrat zwar hergestellt, die inhaltliche Konkordanz, die faire Konsensbildung, blieb aber auf der Strecke. Der Bundesrat rutschte nach rechts. Mit der Wahl von Evelyne Widmer-Schlumpf erfolgte vier Jahre später die Korrektur in Richtung Mitte. Mit der Wahl von Guy Parmelin und erst recht mit der Wahl von Ignazio Cassis anstelle von Didier Burkhalter rückte die Landesregierung wieder pointiert nach rechts.

Korrektur ist angesagt

Die knappe Rechtsmehrheit im Nationalrat (SVP und FDP verfügen in dieser Legislatur über 101 von 200 Sitzen) wurde immer wieder vom Ständerat korrigiert. Auffälliges Beispiel ist das CO₂-Gesetz, das vom Nationalrat im letzten Dezember bis zur Unkenntlichkeit verwässert wurde; jetzt korrigiert der Ständerat die Vorlage. Es braucht dringend eine Kor-

rektur im Nationalrat; die Umfragen deuten darauf hin, dass die Rechtsmehrheit nach dem 20. Oktober der Vergangenheit angehören wird.

Nötig ist auch eine Korrektur im Bundesrat. Der Grünspecht wünscht sich eine Landesregierung, die vorgeht und die Richtung angibt. Im 21. Jahrhundert im Zeichen der Klimakrise braucht die Schweiz einen Bundesrat, der nicht immer nur den kleinsten gemeinsamen Nenner im Visier hat. Die Schweiz braucht einen Bundesrat mit Mut und langfristiger Perspektive. Die alle vier Jahre präsentierten Legislaturziele sind ja schön und recht, immerhin um Einiges länger als die Quartalsziele von börsenkotierten Unternehmen, welche von den Aktionären auf kurzfristige Erfolge und damit auf Kursgewinne getrimmt werden.

Der britische Ökonom John Keynes hat mal formuliert, «in the long run we are all dead». Ja sicher, langfristig gesehen werden wir alle sterben. Aber – das Leben vor unserem Tod und das Leben der nachfolgenden Generationen ist zu wichtig, um nicht heute die Politik in die richtige Richtung zu lenken. Um das zu erreichen, braucht es – und davon ist der Grünspecht überzeugt – nicht nur mehr grüne Frauen und Männer in den beiden Parlamentskammern oder mehr grüne Stimmen auf der Strasse bei den Klimademos. Es braucht auch eine grüne Wende im Bundesrat.

Grüne Handschrift in den Exekutiven

Sollte es diesmal nicht klappen, so gilt der Grundsatz «aufgeschoben ist nicht aufgehoben». Die Anpassungen in der Zusammensetzung der Landesregierung dauern hierzulande um Jahre länger als in anderen parla-



mentarischen Demokratien, wo neue Kräfteverhältnisse in den Parlamenten unmittelbar die Zusammensetzung der Regierung bestimmen.

Grüne tun sich oft schwer damit, in Koalitionsregierungen einzutreten. Es gibt eine grundsätzliche Skepsis gegenüber Kompromissen und gegen die Einbindung in eine bisherige Politik. Darum ist klar – bei einem Mitmachen in der Exekutive muss die grüne Handschrift sichtbar sein. Das sind die Grünen ihren Wählerinnen und Wählern schuldig. ■

Mehr Biodiversität in Zug

Stephanie Vuichard, Kantonsrätin, Alternative – die Grünen

22

Von Biodiversität wird viel geredet, doch verstehen alle, was mit diesem Wort gemeint ist? Ich möchte hier kurz erklären und erläutern, was es für Zug heisst. Denn erst wenn man ihre Bedeutung kennt, versteht man besser, wieso es so wichtig ist, sie zu fördern.

Der Begriff Biodiversität beinhaltet verschiedene Arten von Vielfalt:

- Die Artenvielfalt beinhaltet alle Tier-, Pflanzen- und Pilzarten. Allein in der Schweiz gibt es etwa 37 000 Arten, wobei die Insekten den mit Abstand grössten Teil ausmachen.
- Die Genetische Diversität ist die Varietät einer Art, die man antreffen kann. Damit können verschiedene Sorten, Rassen oder Ausprägungen gemeint sein. So gibt es z. B. verschiedenste Apfelsorten von süss bis sauer, rot bis grün. Doch auch in einer Population ist eine hohe genetische Diversität wichtig. So gibt es Individuen, die immun gegen gewisse Krankheiten sind oder besser an bestimmte Klimabedingungen angepasst sind.
- Die Lebensraumvielfalt meint die Diversität an Lebensräumen. Lebensraumtypen sind z. B. Flach- und Hochmoore, Trockenwiesen und Ruderalflächen. Und Wald ist nicht gleich Wald. So sind im Kanton Zug 87 verschiedene Waldgesellschaften bekannt.
- Funktionelle Vielfalt meint die biologischen Interaktionen, die zwischen zwei Arten oder einer Art und deren Umwelt bestehen.

Wichtig ist zu verstehen, dass jede Art von anderen Arten und von ihrem Lebensraum abhängig ist. Eine hohe Biodiversität hat eine hohe Resilienz (Abfederungsvermögen) gegenüber Störungen und Veränderungen. Ökosysteme sind gesünder und stabiler. Und dies kommt auch wieder dem Menschen zugute. Wir alle sind von einer gesunden Umwelt abhängig.

Vom grossen Biodiversitätsrückgang

Und wie steht es denn um die Biodiversität in der Schweiz? Leider sieht es gar nicht gut aus. 36 Prozent aller untersuchten Tier- und Pflanzenarten sind bedroht! Genauer gesagt sind 28 Prozent der Pflanzen-, 39 Prozent der Vogel-, 74 Prozent der Amphibien-, 79 Prozent der Reptilien- und 59 Prozent der Fischarten auf der Roten Liste der gefährdeten Arten. Bei den Insekten sind es etwa 40 Prozent. Zusätzlich sind 48 Prozent aller Lebensräume bedroht. Zwar sind schon immer Arten verschwunden und neue wieder entstanden. Zurzeit ist die Aussterberate aber hundert Mal grösser als es natürlicherweise der Fall wäre. Und je mehr Arten verschwinden, desto instabiler wird ein Ökosystem. Das Aussterben einer Art kann dann plötzlich zum Verschwinden von weiteren Arten führen. Momentan sieht es aus, als ob wir auf ein Massensterben zusteuern, wie es zuletzt bei den Dinosauriern vorkam. Die Natur wird auch dieses Massensterben überleben und sich neu entwickeln. Doch wie sieht es mit dem Menschen aus?

Die Gründe für den Biodiversitätsverlust sind vielfältig. Ein wichtiger Faktor ist der Lebensraumverlust aufgrund des wachsenden Flächenbedarfs u. a. für unsere Strassen und Bauten. Zudem sinkt die Qualität der noch bestehenden Lebensräume. Wiesen werden intensiv bewirtschaftet mit zu viel Dünger und Pestiziden; Gewässer sind verschmutzt, u. a. auch mit Medikamentenresten, und auch die Luftqualität ist mangelhaft. Der Klimawandel hat ebenfalls einen Einfluss auf die Biodiversität. Bereits seine erste Auswirkungen sichtbar. Arten wie das Alpenschneehuhn oder die Ringdrossel werden immer weiter in höhere Lagen verdrängt und die Buche hatte grosse Mühe mit dem Hitzesommer 2018. Ein weiteres Problem sind invasive, gebietsfremde Arten, die durch den Menschen eingeschleppt wurden und einheimische Arten verdrängen. Und ein letzter Punkt, der aber in der Schweiz zum Glück kein grosser Faktor ist, sind direkte Ausbeutung und Wilderei.

Ökosystemleistung
Der Biodiversität geht es schlecht, doch für was brauchen wir sie denn?



Ein Weiher ist Brutort für sehr viele Insekten und Amphibien.



Die Erdkröte braucht eine gute ökologische Infrastruktur, um vom Winterquartier zum Weiher und weiter zum Sommerquartier wandern zu können.



Fläche um Fläche naturnah gestalten. Vor dem Naturama in Aarau haben wir eine Fläche vom Asphalt befreit, Mergel eingebracht und einen Baum gesetzt. Rundherum können nun Ruderalpflanzen blühen.



Eine Trockensteinmauer wie hier oder Ast- und Steinhäufen sind Strukturen, die man in seinem Garten haben kann.



Auch offene Bodenstellen sind wichtige Strukturen. So gibt es viele Wildbienenarten, die auf offenen Boden zum Nisten angewiesen sind.

Das Stichwort heisst hier «Ökosystemleistung». Gemeint sind damit die Leistungen, die gesunde Ökosysteme vollbringen und uns Menschen zugute kommen. Dies kann saubere Luft durch das Atmen der Bäume sein, sauberes Trinkwasser durch die Filterleistung von Böden, insbesondere von Wäldern und Mooren. Fruchtbare Böden und die Bestäubung geben uns Nahrung. Eine hohe Biodiversität kann vor Naturgefahren schützen, z.B. Mangroven, welche die Küsten vor Erosionen schützen, oder Korallenriffe, die gegen Tsunamis wirken. In der

Schweiz haben wir Wälder, die uns vor Lawinen, Steinschlägen, Rutschungen und Hochwasser schützen. Im Kanton Zug sind 45 Prozent der Wälder als Schutzwald klassiert. Und nicht zu vergessen ist die Erholungsleistung, das kulturelle Erbe und der Wert für den Tourismus, den uns die Natur bringt. Kurz gesagt: Funktionierende Ökosysteme sind von elementarer Bedeutung für uns Menschen. Sie sind unsere Lebensgrundlage.

Weil die Natur diese Dienstleistung gratis vollbringt, wird sie oft gar nicht geschätzt oder nicht richtig

wahrgenommen. Es gibt Wissenschaftler, die nun versuchen, diesen Ökosystemleistungen einen monetären Wert zu geben. So wurde berechnet, dass der Wert der Bestäuber durch Blütenbesucher weltweit 117 Milliarden Dollar pro Jahr ausmacht. Würde man die Gratisleistung der globalen Biosphäre durch technische Mittel ersetzen, dann kostete das uns über 33000 Milliarden Dollar pro Jahr. Zum Vergleich: Das globale Bruttosozialprodukt beträgt ca. 18000 Milliarden Dollar pro Jahr. Eine unvorstellbare Summe, die uns die Natur jährlich gratis leistet.



Es gibt auch gute Neuigkeiten: Der Rotmilan gehört zu den zunehmenden Arten.



Auf dem Zugerberg wird viel zur Revitalisierung der Mooregebiete und für die Wald-biodiversität gemacht.

Lokal handeln

Was soll man nun tun, um dem Biodiversitätsverlust entgegenzuwirken? 74 Prozent der befragten SchweizerInnen gehen davon aus, dass es um die Biodiversität in der Schweiz eher gut bis sehr gut steht. Und das macht es auch auf politischer Ebene schwer, wenn man sich für mehr Biodiversität einsetzen will. Zuerst müssen alle verstehen, dass wirklich dringender Handlungsbedarf besteht, nicht nur im Amazonas und in Indonesien, wo Wälder abgebrannt werden, sondern auch in der Schweiz. Umweltbildung für Klein und Gross ist eminent wichtig. Mehr Umweltpädagogen sind nötig, die mit Schulklassen hinausgehen und Ihnen die Natur, ihren Wert und ihre Faszination näherbringen.

Es braucht die Sensibilisierung von Privaten wie auch von Unternehmen. Heute sind in der Schweiz nur 12,5 Prozent der Landfläche Schutzgebiete, davon sind nur 6,3 Prozent national geschützt. Ein globales Ziel wäre 17 Prozent als minimale Vorgabe, um den Biodiversitätsverlust zu stoppen. Bestehende Naturflächen müssen aufgewertet und neue Naturvorranggebiete geschaffen werden. Ein neuer Begriff ist hier die ökologische Infrastruktur. Damit ist die Vernetzung zwischen wertvollen Habitaten gemeint. Es braucht Trittsteine, damit Frosch, Feldhase & Co. von A nach B wandern können. Und das Potenzial der Natur im Siedlungsraum darf auch nicht vergessen werden. Denn hier kommen mehr Arten vor als im

ausgeräumten Landwirtschaftsgebiet. Auf kantonaler Ebene braucht es mehr Willen von der Politik und von Landbesitzern, wobei die Landwirte hier eine wichtige Rolle spielen. Auf nationaler Ebene werden gerade Unterschriften für die Biodiversitätsinitiative von Pro Natura, BirdLife Schweiz, dem Schweizer Heimatschutz und der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz gesammelt. Sie will, dass mehr Geld und mehr Fläche zur Verfügung gestellt werden, um den Verlust der Biodiversität zu stoppen (mehr Informationen auf www.biodiversitaet-landschaft.ch). Auch auf kantonaler Ebene sind Bestrebungen von der ALG vorhanden, um mehr Geld und Ressourcen für die Biodiversität freizugeben. Es gibt Ideen, die Strukturvielfalt insbesondere im Landwirtschaftsgebiet zu erhöhen und hierfür mehr Anreize zu schaffen. Diese Strukturen sollen den Insekten, Feldhasen, aber auch dem Menschen als attraktive Naherholungsgebiete dienen. Die Schulumgebungen können naturnah umgestaltet werden, womit diese Fläche gleich als ausserschulischer Raum von den Lehrpersonen genutzt werden kann. Solche Bestrebungen kenne ich bereits aus dem Kanton Aargau. Es braucht eine Stärkung der Umweltpolitik, der entsprechenden Gesetzgebung und ihrer Umsetzung. Fehlreize müssen abgeschafft und sinnvolle Anreize entwickelt werden.

Selber handeln

Zum Schluss kann auch jede und jeder Einzelne etwas bewirken. Sei es durch einen reduzierten, dafür bewussteren Konsum, indem nachhaltige Produkte bevorzugt werden. Suffizienz heisst nicht, dass es einem schlechter geht, für viele ist es eher befreiend. Man kann seinen Garten oder Balkon naturnah gestalten und andere für Naturthemen begeistern. Gerne bin ich offen für Kommentare, Vorschläge auf politischer Ebene oder einen Austausch. ■

Jung und Alt im Repair Café

Rainer Kistler, Zug

«Ich bruuche en Schruubezier wo aussescht wie es Schwizerchrüz», sagt Melanie und blickt suchend zu Carlos. Dieser wühlt in der Werkzeugkiste und reicht ihr das gesuchte Werkzeug. Repair Café einmal anders; hier im Werkraum der Schule Menzingen zerlegen und untersuchen Schülerinnen und Schüler der 5. und 6. Klasse unter der Anleitung von Reparateuren des Vereins Repair Café Zug, Computer, Bohrmaschinen, Staubsauger, Telefone, Tastaturen, Kassettenrecorder und weitere Gegenstände.

Im Rahmen einer Projektwoche lernen die Kinder, dass sich solche Gegenstände oft zerlegen und reparieren lassen.

Erfahrungen im Repair Café

Die Erfahrungen zeigen, dass im Repair Café fast zwei Drittel aller Geräte und Gegenstände zur Zufriedenheit der Besucherinnen repariert werden können. Die Spanne der durchgeführten Reparaturen ist dabei sehr weit, sie reicht vom einfachen Ersetzen eines Steckers an einer Nachttischlampe, über den Ersatz eines Reissverschlusses einer Jacke, zum Binden des alten Kochbuchs der Grossmutter bis hin zum Ersatz des Bildschirmes des E-Readers. Besonders im Frühjahr und Sommer benötigen auch Velos Hilfe; Bremsen nachziehen oder gar Brems- oder Schaltkabel auswechseln, Lichter justieren, defekte Birnen auswechseln; dankbar nehmen die Besitzerinnen und Besitzer der reparaturbedürftigen Zweiräder die Hilfe zur Selbsthilfe an und legen kräftig Hand an bei der Reparatur. Häufig landen Kaffeefullautomaten auf dem Tisch der Reparateure. Diese stellen jeweils eine besondere Herausforderung dar. Oft wird der Zugang zum Innenleben dieser Geräte durch speziell geformte Schraubenköpfe oder versteckte Laschen erschwert oder fast verunmöglicht. Will der Hersteller aus Sicherheitsgründen eine unsachgemässe Reparatur verhindern? Oder soll die Reparatur erschwert oder ganz verunmöglicht werden, um einen Neukauf zu begünstigen?

Unterstützung weltweit

Sehr hilfreich ist oft ifixit.com, eine weltweite Gemeinschaft von Machern,

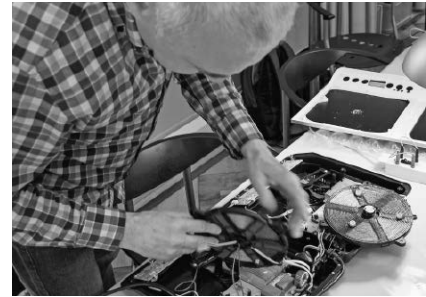
Bastlern und Reparateuren, die sowohl Anleitungen für das Reparieren von Geräten als auch das dafür notwendige Werkzeug liefern. Der Verein Repair Café Zug erhielt von IFIXIT ein umfassendes Werkzeugset mit Werkzeugen für Elektronikreparaturen geschenkt.

Wer von einem Akkuschauber der für Fr. 9.90 gekauft wurde, eine lange Lebensdauer oder sogar eine Reparatierfähigkeit erwartet, wird meistens enttäuscht. Das Gehäuse verschweisst und der Akku fest eingelötet, hier bleibt nur der Weg zum Ökihof. Es lohnt sich daher bereits beim Kauf, auf Qualität und Reparatierfähigkeit zu achten, oft wird der Mehrpreis mit einer längeren Lebensdauer kompensiert. Wer den höheren Preis scheut, sollte sich auf einer Sharing-Plattform wie z.B. Sharely.ch oder pumpipumpe.ch umsehen, dort finden sich viele Geräte, die zwar nützlich sind, jedoch nicht alle Tage zum Einsatz kommen wie z.B. Akkuschauber, Heckenscheren etc.

Das Angebot an Repair Cafés wird laufend ausgebaut. So gibt es 2019 bereits Repair Cafés in Zug, Cham und Unterägeri und vielleicht stossen auch bald weitere Gemeinden dazu. Um diese Erweiterung des Angebotes zu ermöglichen, sind Reparaturinnen oder Reparateure gesucht, insbesondere Personen, die sich mit elektronischen Geräten auskennen. Bisher sind dies vor allem ältere Personen. Es wäre schön, wenn unser motiviertes Team noch etwas verjüngt würde. Welche junge Lehrabgängerin oder Lehrabgänger möchte an einem solchen Anlass sein Talent unter Beweis stellen? ■



Willkommen im Repair Café.



Diagnosehilfe für die Beschaffung von Ersatzteilen.



Reparierte Spielzeuge erfreuen die Kleinen und zeigen die Zukunft.

Termine

Unterägeri:	21. September
Zug:	19. Oktober (Internationaler Reparaturtag)
Cham:	23. November

Mehr Informationen

repair-cafe-zug.ch
 Werbespot Repair Café:
 vimeo.com/330473084
 Fotos: Jürg Schneider, Zug



26

The song of Mary Blane

Montag, 14. Oktober
20 Uhr
Kino Gotthard Zug

Der Solothurner Maler Frank Buchser war zeitlebens ein Reisender. 1866 in die USA entsandt, um die Helden des Bürgerkriegs für den Ständeratssaal in Bern zu malen, entwickelte er Interesse für das Leid der Indianer und der befreiten Sklaven. Als Scheich verkleidet reiste er durch Marokko, obwohl dies für Christen verboten war. Seine Tagebücher und Gemälde vermitteln einen Zeitgeist, der aufhorchen lässt. Aktuelle Filmsequenzen veranschaulichen, wie sich die Welt verändert hat. Regisseur Bruno Moll ist anwesend für Q&A.

**Closer to God**

Montag, 11. November
20 Uhr
Kino Gotthard

Annette Berger und Grete Jentzen begeben sich auf die Spuren islamischer Mystiker und begleiten einen Meistersänger und einen Sufi-Weisen durch Pakistan. Eine faszinierende Reflexion über eine andere Weltkultur, aber auch über die transzendente Dimension des Menschen, fernab von üblichen Terrorbildern. Die ungewohnten Töne und Melodien klingen für westliche Zuhörer fast meditativ. Annette Berger ist anwesend für Q&A.

**Architektur der Unendlichkeit**

Montag, 9. Dezember
20 Uhr
Kino Gotthard

Bedeutende Architekten und Kunstschaffende wie Peter Zumthor, Cristina Iglesias, Jojo Mayer, Alvaro Siza Vieira, Peter Märkli und James Turrell ergründen die Magie sakraler Räume, deren Zeitlichkeit und Alterung ins Unendliche transzendieren können. Wem gehört Spiritualität? Eine sinnliche Reise in räumliche Weiten, Vergangenheit und Zukunft und das geistige Leben in Bau- und bildender Kunst, welche die eigene (Un-) Endlichkeit fühlbar macht. Christoph Schaub ist anwesend für Q&A.



Freundliche Grüsse
Elke Mangelsdorff
FLIZ FilmLiebhaberInnen
Zug

**Samstag, 28. September Jubiläumsparty 10 Jahre Junge Alternative**

Mit Fratelli-B (Hiphop), Jazzmin (Experimental Soul&Funk), OG Florin (Hiphop), R we alone? (Blues/Rock) und Rising Fyah (Reggae)
Moderation: Julia Küng und Severin Hofer
ab 20 Uhr in der i45.
Tickets:
ticketino.com/de/Event/10-Jahre-junge-alternative/86685

Mittwoch, 2. Oktober 2019 Alternative Monatsbar

im Siehbachsaal Zug
Gute Gespräche und feines Essen. Es kochen die Grünen Steinhausen.
ab 18.30 Uhr

Sonntag, 20. Oktober 2019 Wahlfeier

ab 16 Uhr in der Jugendherberge, Allmendstrasse 8, Zug

Mittwoch, 6. November 2019 Alternative Monatsbar

im Siehbachsaal Zug
Gute Gespräche und feines Essen. Es kochen die Jungen Alternativen.
ab 18.30 Uhr

Donnerstag, 7. November 2019 Zur Ausstellung im Museum Burg Zug, 2019 jährt sich das Ende des Kalten Krieges zum 30. Mal.

Direktor Marco Sigg im Gespräch mit Josef Lang (Historiker & Politiker), Iwan Rickenbacher (Kommunikationsberater & ehem. Kommandant Geb Inf Rgt 29), 19–20.30 Uhr, Rathaus, Gotischer Saal Fischmarkt Zug



**Freitag, 11. Oktober 2019
Todestag, am Sterbeort:
Zwingli – Was bleibt?**

Podiumsdiskussion mit Dr. Josef Lang, Historiker, Politiker, und weiteren Beteiligten. Nach der Podiumsdiskussion und einem Apéro-riche besteht die besondere Gelegenheit, den Zwingli-Film in der Klosterkirche anzuschauen.
18 Uhr, Kloster Kappel

**Montag, 18. November 2019
Klimawandel – Was kommt
auf uns zu?**

Vortrag von Dr. Andreas Fischer, 20 Uhr, Gemeindegrossaal Dreiklang, Steinhausen

**Führungen «Historische
Bauten»**

Vom Komitee «Nein zum verwässerten Denkmalschutzgesetz»
Stadt Zug: Sa, 21. September 2019, 10.00–11.30, Treffpunkt: Pädagogische Hochschule St. Michael
Buonas: Sa, 26. Oktober 2019, 10.00–11.30, Treffpunkt: Vor Restaurant Wildenmann
Cham: Sa, 2. November 2019, 10.00–11.30, Treffpunkt: Bahnhof Cham
Baar: Sa, 9. November 2019, 10.00–11.30, Treffpunkt: Reformierte Kirche

**Die Alternativen im
Kanton Zug**

**Alternative – die Grünen
Zug**

Metalstrasse 5, 6300 Zug
041 711 99 09
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Öffnungszeiten Büro
Alternative – die Grünen Zug:
Jeweils Nachmittags von
Montag bis Donnerstag
E-Mails an:
info@alternative-zug.ch
werden von Mo–Fr
bearbeitet.

**Alternative – die Grünen
Baar**

Anna Lustenberger-Seitz
info@alternative-baar.ch

**Alternative – die Grünen
Menzingen**

Barbara Beck-Iselin
b.beck-iselin@bluewin.ch

**Alternative – die Grünen
Unterägeri**

Cornelia Mayinger
cornelia.mayinger@datazug.ch

**Alternative – die Grünen
Stadt Zug**

Metalstrasse 5, 6300 Zug
info@alternative-stadt.ch

Forum Oberägeri

Philipp Röllin
roellin.ph@bluewin.ch

Grünes Forum Hünenberg

Rita Hofer
rita_hofer@bluewin.ch

Grüne Risch-Rotkreuz
(ehemals Gleis 3 Alternative
Risch)

Heinz Widmer
mail@gruene-rischrotkreuz.ch

Grüne Steinhausen

Edith Seger Niederhauser
Postfach 123
6312 Steinhausen
steinhausen@gruene-zug.ch

Junge Alternative Zug

Konradin Franzini und
Gurbetelli Yener
Metalstrasse 5, 6300 Zug
junge@alternative-zug.ch

Krifo Alternative Cham

Roman Ambühl
cham@alternative-zug.ch

**Alternative Grüne
Fraktion im Kantonsrat**

alternativfraktion.ch

Grüne Partei Schweiz

gruene.ch



Facebook
fb.com/AlternativeZug



Twitter
@AlternativeZG



Instagram
@alternativegruene



WhatsApp-Newsletter
Sende deinen Namen per
WhatsApp an 079 519 81 91

Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen. Die Inhalte der Artikel entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung des Vorstands oder der Fraktion der Alternativen – die Grünen.

BULLETIN
Bulletin Nr. 3, 28.9.2019
erscheint viermal jährlich.

Herausgeber:
Verein DAS BULLETIN

Adresse:
BULLETIN Alternative –
die Grünen Kanton Zug,
Metalstrasse 5, 6300 Zug

Redaktion:
Natalie Chioldi
Jonas Feldmann
Hansjörg Glauser
Hansruedi Küttel
Lorenzo Martinoni

Kontakt:
bulletin_redaktion@bluewin.ch

Lektorin: Kathrin Graffe

Gestaltungskonzept:
S.H.E.D. GmbH

Produktion:
Satz, Bild und Druck:
DMG Zug, dmg.ch

Gedruckt auf Refutura GSM,
100% Altpapier, Blauer
Engel, FSC-zertifiziert

Titelbild: Paula Gisler

Nutzaufgabe: 800 Ex.

Abonnement: Fr. 25.–
KleinverdienerInnen: Fr. 10.–
Unterstützungsabo: Fr. 50.–
Mitgliederbeitrag Verein
DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:
Verein DAS BULLETIN,
6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss
Nr. 4/2019:
Freitag, 22. November 2019

Erscheinungsdatum
Samstag, 14. Dezember 2019

DAS BULLETIN
bulletin-zug.ch



P.P. 6300 ZUG Post CH AG

Adressberichtigungen melden:
Alternative - die Grünen Zug,
Metallstrasse 5, 6300 Zug
info@alternative-zug.ch

